

Symposium

Politik und Soziologie

Zur Einführung

Jenni Brichzin, Thomas Kern, Thomas Laux, Leopold Ringel und Jasmin Siri für den Vorstand der Sektion Politische Soziologie

Welche Bedeutung kommt dem Politischen bzw. der Politik in der gegenwärtigen Soziologie zu? Wir haben die aktuelle gesellschaftliche Situation zum Anlass genommen, um eine Diskussion zu genau dieser Frage anzuregen. Denn das Politische drängt sich gegenwärtig in den gesellschaftlichen Vordergrund wie vielleicht seit den späten 1960er Jahren nicht mehr. Der lange für sicher gehaltene Siegeszug demokratischer Regierungssysteme wird immer häufiger infrage gestellt; autoritäre, nationalistische, populistische Bewegungen erhalten starken Zulauf; ein neues, »postfaktisches« Zeitalter wird ausgerufen. Vor dem Hintergrund derart politisch bedingter gesellschaftlicher Entwicklungen halten wir es für notwendig, uns grundsätzlich und aus verschiedenen Perspektiven mit der eingangs formulierten Frage zu beschäftigen.

In einem Call for Papers haben wir dazu potentiellen Autor*innen dieses Diskussionsforums vorab einige Leitfragen zur Orientierung an die Hand gegeben: Welcher Begriff von Politik bzw. des Politischen wird als analytisch gewinnbringend erachtet und warum? In welchem Verhältnis stehen Politik und Gesellschaft – und damit in der Konsequenz auch Politik und Soziologie? Warum erscheint gerade diese (also die je eigene) Herangehensweise an politische Phänomene als (gegenwärtig) besonders relevant? Und welche Rolle spielt die Politische Soziologie bei der Analyse der gesellschaftlichen

Gegenwart? Dies halten wir für die zentralen Fragen, denen sich die soziologische Auseinandersetzung mit dem Politischen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation stellen muss.

Die zwölf Positionspapiere dieses Diskussionsforums haben auf den Aufruf zur Debatte – wie zu erwarten und von uns erhofft war – auf sehr unterschiedliche Weise reagiert. Grob lassen sich dabei drei verschiedene Antwortrichtungen ausmachen. Erstens treffen wir auf grundlegende Reflexionen zum Verhältnis von politischer Praxis und Soziologie (bzw. von soziologischer Praxis als Politik), die die Diskussion einrahmen (Stephan Lesench und Boris Holzer). Zweitens lassen sich Bestrebungen ausmachen, Politische Soziologie vor dem Hintergrund als zentral erachteter politischer Tendenzen der Gegenwart zu über- oder gar neu zu denken. Zu diesen Tendenzen gehören die sich endgültig verabschiedende Moderne (Teresa Koloma Beck), das Fortdauern der Nationalstaatlichkeit (Maurizio Bach), die politische Transformation von Gemeinwesen und deren Folgen (Susann Worschech) sowie die voranschreitende Digitalisierung (Jasmin Siri). Drittens schließlich hebt die größte Gruppe der Beiträge die besondere Relevanz bestimmter theoretischer bzw. methodischer Ansätze hervor, um den Herausforderungen der (politischen) Gegenwart begegnen zu können. Zu diesen Ansätzen gehören analytisch-empirische (Holger Lengfeld), kritisch-theoretische (Jenni Brichzin), wissenssoziologische (Sebastian Büttner), integrative (Ulf Bohmann), ethnographische (Annett Bochmann, Dörte Negnal, Thomas Scheffer) sowie von der Akteur-Netzwerk-Theorie inspirierte (Endre Dányi) Zugänge zum Gegenstand. In der Zusammenschau zeigen diese Beiträge aus unserer Sicht insbesondere, dass hier eine Debatte begonnen wurde, die es sich weiterzuführen lohnt.

Soziologie in Gesellschaft.

Zum Stellenwert des Politischen für die Soziologie

»Wozu ist das, was wir tun, eigentlich gut?« (de Lagasnerie 2018: 10)¹ Wer als Wissenschaftler*in nicht vollkommen egozentriert, betriebsdeformiert oder glasperlenspielfasziniert ist, stellt sich selbstverständlich diese Frage. Und als Gesellschaftswissenschaftler*in zumal. Eigentlich kommen selbst

1 Das Folgende ist stark durch die Lektüre dieses Buches inspiriert.

die genannten Charaktertypen nicht um sie herum. Denn auch für sie gilt die soziologische Binsenweisheit, dass gesellschaftsbeobachtende Praxis unhintergebar Teil des beobachteten Gegenstands ist, und damit immer auch Teil ihrer selbst. Ich sehe was, was ihr nicht seht? Ja, im besten Fall schon. Und im allerbesten Fall sehe ich auch noch mich, wie ich mit meiner Beobachtung den Gegenstand verändere.

Soziologische Praxis trägt als solche – als soziale Produktion wissenschaftlichen Wissens über das Soziale – zur Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse bei, ob sie es nun will oder nicht. Und, mehr noch: Ob sie es wahrhaben will oder nicht. Allzu häufig scheint sie genau dies nicht zu wollen, will sie wahrsprechen, aber nicht wahrhaben. Soziologische Wissensproduktion ist jedoch immer schon, von ihren historischen Anfängen an und in jedem mikrologischen Forschungsakt wieder neu, ein Einsatz im gesellschaftlichen Spiel. Sie ist von vornherein politisch – in der Entstehung ihrer Forschungsinteressen, in der Wahl ihrer Methoden, in den Spielarten ihrer Theoriebildung, in der Ableitung ihrer Schlüsse, in der Wahl ihrer Publikationsweisen. Und eben nicht erst ganz am Ende, oder gleichsam in der Nachspielzeit, qua so oder so gearteter gesellschaftlicher »Verwendung« ihrer Wissensproduktion.

Unruhe im Raum. Beziehungsweise im Feld. Und vielleicht mehr noch Unmut. Wissenschaft, konkret Soziologie, eine unwillkürlich politische Praxis? Und nicht etwa nur die Soziologie des Politischen, sondern auch die des Familialen, Organisationalen, Digitalen? Was soll das denn heißen? Wir alle ein Volk politischer Soziolog*innen? Hier stehen wir und können nicht anders? Ha, da sei ja wohl Weber davor!

Hier nun Webers Position den Fachkolleg*innen näherzubringen, wäre Eulen in die SOZIOLOGIE getragen. Aber gerade nüchtern betrachtet – sprich Weberianisch, auch wenn Weber selbst als Wissenschaftler in diesem Sinne nicht immer Weberianer war – lässt sich nicht bestreiten, dass sich jede sozialwissenschaftliche Praxis am gesellschaftlichen Spiel beteiligt. Versteht man unter dem Politischen, natürlich unzulänglich grob auf den Punkt gebracht, die individuelle Mitwirkung an der kollektiven Gestaltung der eigenen Lebensumstände, dann ist das Wissenschaftliche politisch. Und dann ist die wissenschaftliche Konstruktion einer eigenlogisch operierenden und in dieser Eigenlogik ihre Autonomie gewinnenden wissenschaftlichen Wertosphäre – einer Wertosphäre der Wertfreiheit gewissermaßen – selbst ein politischer Akt. Ein politischer Akt der intendierten Entpolitisierung der eigenen

Praxis, ein entscheidender Akt der versuchten Neutralisierung wissenschaftlicher Entscheidungen.

Wer seine soziologische Praxis für »wertfrei« erklärt, folgt damit einer spezifischen Wert- und Zweckrationalität. Eine andere, alternative Wert- und Zweckrationalität wissenschaftspraktischen Begründungshandelns bestünde darin, sich über die gesellschaftlichen Verstrickungen soziologischen Lehrens und Forschens, Publizierens und Positionierens Klarheit zu verschaffen und Rechenschaft abzulegen. Dann käme man wohl eher zu dem Schluss, dass »Wertfreiheit« eine bereichsspezifische Legitimationssemantik ist. Eine Legitimationssemantik, die den Akteur*innen des Feldes zu einer zielführenden Stilisierung der eigenen Praxis geworden ist: Nicht nur zum Zweck der kollektiv-individuellen Selbstbeschreibung, sondern auch der »erfolgreichen« Platzierung von Wissenschaft, namentlich der Sozialwissenschaft, im positionalen Wettbewerb der gesellschaftlichen Funktions- und Leistungssysteme. Wertfreiheit ist die Freiheit, die wir meinen, wenn wir von den unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen herrschenden Zwängen der Verortung soziologischer Praxis reden. Beziehungsweise wenn wir, zumeist und die allermeisten, von eben diesen Zwängen schweigen.

Eine Soziologie, die es in ihrer Selbstbeobachtung nicht bei der autoritativen Setzung und schon vorentschiedenen Erfüllung wissenschaftlicher Autonomieansprüche belässt, wäre eine, die genau das auf sich selbst bezieht und anwendet, was man mit C. Wright Mills als *sociological imagination* bezeichnen kann. Vor nunmehr unvordenklichen Zeiten ausgedacht – im Jahr 1959, als die SPD ihr Godesberger Programm verabschiedete –, geht es bei der »soziologischen Phantasie« nicht um politische Visionen oder das gesellschaftlich Imaginäre. Es geht vielmehr um die analytisch-intellektuelle Herstellung von Zusammenhängen, um das Denken des Sozialen in Beziehungen. Soziologische Phantasie bedeutet, das Große im Kleinen zu erkennen, das Gesellschaftliche und Gesellschaftsstrukturelle am vermeintlich Individuellen auf- und auszuweisen. Als Soziolog*in soziologische Phantasie an den Tag zu legen meint, das Denken in Kausalzusammenhängen zu entindividualisieren, individuelle Entscheidungen und Verhaltensweisen in einem gesellschaftsstrukturellen Problemhorizont zu verorten.

Genau dies aber stünde *der* Soziologie und den wissenschaftlich praktizierenden Soziolog*innen im Selbstbezug gut an. Die eigene soziologische Praxis nicht als bloß individuelle, sondern in den gesellschaftlichen Strukturen verankerte, durch vorherige Praxis strukturierte zu erkennen und zu ver-

stehen, als eine Praxis, die als solche wiederum gesellschaftliche Struktur- bildung betreibt: Das wär' doch mal was. Dann würde man zumindest klarer sehen, was man tut, wenn man sich zur »unpolitischen« Wissenschaftler*in erklärt: Welche gesellschaftliche Position man damit für sich reklamiert, wie man sich mit diesem Anspruch gesellschaftlich positioniert. Und mehr noch: Welche als persönlich verstandene, politisch aufgeladene Entscheidung man damit trifft. Nämlich die Entscheidung gegen statt für das Wissen darum, dass man – so oder so – einen Einsatz tätigt im gesellschaftlichen Spiel der Wissensproduktion. Dass man mit der Behauptung der Neutralität des produzierten Wissens die positivierende Bedeutung desselben nicht nur akzeptiert, sondern verstärkt, ja im Grunde genommen überhaupt erst selbst herstellt.

Über die potenzielle Positivität oder Negativität, über Konformismus oder Dissidenz unserer soziologischen Praxis entscheiden wir alle alltäglich neu – unter den im Wissenschaftssystem unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Nicht immer haben wir in diesem Sinne wirklich eine Wahl. Aber unsere soziologische Phantasie sollte uns zumindest darüber aufklären, unter welchen Zwängen wir stehen – auch und gerade dann, wenn wir meinen, die Autonomie des wissenschaftlichen Feldes in Anspruch nehmen zu können. Oder eben zu müssen. Mills formulierte das so (und nur in der deutschen Übersetzung nicht geschlechterneutral):

»Es ist die ständige politische Aufgabe des Sozialwissenschaftlers [...] persönliche Schwierigkeiten in öffentliche Probleme zu übersetzen und die Letzteren so zu formulieren, dass ihre Bedeutung für das Leben einer Vielfalt von Individuen deutlich wird. Es ist seine Aufgabe, in seiner Forschung – und als Lehrender auch in seinem Leben – diese Art von soziologischer Phantasie an den Tag zu legen.« (Mills 2016: 278)²

Stephan Lessenich

Literatur

- de Lagasnerie, G. 2018: Denken in einer schlechten Welt. Berlin: Matthes & Seitz.
Mills, C.W. 2016 [1959]: Soziologische Phantasie. Herausgegeben von S. Lessenich. Wiesbaden: Springer VS.

² Das Vorherige ist stark durch die Lektüre dieses Buches geprägt.

Wissenschaft von der geteilten Welt? Die weltpolitische Situiertheit der Soziologie als blinder Fleck der Disziplin

Die Soziologie konstituierte sich in der Auseinandersetzung mit einer Welt, die im Verschwinden begriffen ist. Und auch wenn gerade die deutschsprachige Tradition die Werturteilsfreiheit des Fachs stets herausstrich, hat sie diese Welt nie nur beobachtet, sondern war von Anfang an in sie verstrickt. Denn der Gegenstand, um den herum sich die Soziologie formierte – die »moderne Gesellschaft« –, positionierte die Disziplin in sehr spezifischer Weise in einem weltpolitischen Kontext. In Folge dessen sind der soziologischen Praxis *an sich* politische Gehalte eingeschrieben. Dieser Umstand wird zwar seit einigen Jahren breiter diskutiert. Die sich daraus für die Disziplin ergebenden Konsequenzen sind jedoch längst nicht ausbuchstabiert, geschweige denn umgesetzt.

Dass Wissenschaft *immer* politisch ist, weil sie an Ordnungsvorstellungen gebunden und deshalb an der (Re-)Produktion und Transformation von Ordnungen in der Welt unweigerlich beteiligt ist, gilt spätestens seit der wissenssoziologischen Wende als Gemeinplatz. Wie sich diese Verstrickung artikuliert, ist jedoch von Forschungsfeld zu Forschungsfeld verschieden. Im Falle der Soziologie beginnt sie mit der Selbstdefinition der Disziplin als Wissenschaft von der »modernen (Industrie-)Gesellschaft«, als Wissenschaft der »gegenwärtige[n] Wirklichkeit des sozialen Lebens« (Tönnies 1911: 23), so wie sie sich den Zeitgenossen im Moment der Gründung der Disziplin darbot. Die für das Fach relevante Gegenwart wurde jene, in die deren Protagonisten sich selbst gestellt sahen. Damit waren aus dem Zuständigkeitsbereich der Disziplin all jene Kontexte menschlichen Zusammenlebens ausgeschieden, die nicht als »modern« und den Fachvertretern »gegenwärtig« gelten konnten. Die Erforschung solcher Felder wurde Anthropologen, Historikern, Völkerkundlern und anderen überlassen, die als Experten für Vor- und Außermodernes galten.

Modernevorstellungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurden also entscheidend für den Zuschnitt der Disziplin (siehe zum Beispiel Bauman 1989). Sie erzeugten eine spezifische Perspektivität des Fachs und damit auch systematische Blindstellen, die inzwischen unter Stichworten wie »methodologischer Nationalismus« oder »postkoloniale Kritik« intensiv diskutiert werden (unter anderem Beck, Grande 2010; Boatcă, Farzin, Go 2018; Go 2016; Reuter, Villa 2010). Doch führte die Fokussierung auf das, was

den frühen Soziologinnen und Soziologen als »die moderne Gesellschaft« erschien, nicht nur zu wissenschaftlichen Kurzsichtigkeiten. Sie hatte auch politische Implikationen. Denn sie situierte die soziologische Praxis in spezifischer Weise in Dynamiken der Weltpolitik. Indem die Disziplin sich als Spezialistin moderner »Normalverhältnisse« profilierte, wurde soziologische Praxis zu einem Ort der Produktion und Reproduktion von Moderne-Vorstellungen. Unabhängig von Forschungsgegenständen und Intentionen, allein über den Zuschnitt der Disziplin selbst schreibt soziologische Forschung also mit an der Teilung der Welt in »moderne« und »vormoderne«, in »zivilisierte« und »(noch) nicht zivilisierte« Zonen, die bis heute eine Grundlage globaler politischer Ordnung darstellt. Zwar hat Modernisierungstheorie im engeren Sinne in den Sozialwissenschaften wie auch in der politischen Praxis an Bedeutung verloren. Doch wurde sie von anderen modernistischen Paradigmen abgelöst, so etwa Diskursen um Entwicklung und Demokratisierung.

Angesichts dessen ist das soziologische Reden von »der modernen Gesellschaft« also nie unschuldig oder trivial. Denn es wirft notwendig die Frage nach der Außenseite der Moderne auf. Was hier auf dem Spiel steht, sind nicht begriffliche Spitzfindigkeiten. Es geht um die (Re-)Produktion von Weltvorstellungen, die das Handeln von Akteuren orientieren, dadurch Lebenswirklichkeiten verändern und somit der soziologischen Praxis unausweichlich einen politischen Gehalt verleihen. Es geht um jene welterzeugenden Effekte der Disziplin, die in den soziologischen Science and Technology Studies (STS) unter dem Stichwort *ontological politics* (Mol 1999; siehe auch Law, Urry 2004) problematisiert werden.

In der Politischen Soziologie begann die Auseinandersetzung mit dieser Problematik bereits lange vor der aktuellen Konjunktur der STS. Denn früher als in vielen anderen Forschungsfeldern gewannen hier jene empirischen Dynamiken analytische Relevanz, die modernistische Weltvorstellungen problematisch werden ließen – insbesondere Dekolonisierung und Globalisierung. So standen in meinem eigenen Forschungsfeld, der Soziologie von Krieg und Gewalt, die ein Teilgebiet der Politischen Soziologie darstellt, bereits seit den 1990er Jahren die Effekte modernistischer Wissensproduktion im Zentrum der Debatten. Es wurde herausgearbeitet, wie (sozial-)wissenschaftlich unterfütterte Vorstellungen von »Krisenzonen«, die die Ordnung der Moderne gefährden, zur Rechtfertigungsgrundlage für die Entgrenzung staatlich organisierter Gewalt werden konnten, etwa in Form von genozidärer Politik, Drohnenkrieg, militärischer Interventionen oder extraterritorialen Internierungslagern (Bauman 1989; Calhoun 2004; Mann 2005; von Trotha

1997). Und es wurde gezeigt, wie in diesen Komplexen von Wissen und Macht nicht nur imperiale Weltvorstellungen reproduziert, sondern auch neokoloniale soziale Strukturen auf Dauer gestellt werden (von Trotha 2000).

Doch ist es sehr viel leichter, die entstehungsgeschichtlich bedingten Blickverengungen der Disziplin aufzudecken und deren politische Effekte zu problematisieren, als sich der Frage zu stellen, wie eine soziologische Praxis aussehen kann, die im Bewusstsein ihrer (welt-)politischen Situiertheit agiert. Im Modus der Kritik ist diese Frage nicht zu beantworten. Erforderlich ist vielmehr die Umsetzung modernekritischer und postkolonialer Impulse in theoretische und methodische Innovationen, die sich dann in der Arbeit an konkreten empirischen Forschungsgegenständen bewähren müssen (hierzu aktuell Bogusz 2018). Die Politische Soziologie zählt zu jenen Forschungsfeldern, die bereits Erfahrungen mit genau solchen Prozessen gesammelt haben und auf erfolgreiche Fälle postkolonial und modernekritisch inspirierter theoretischer und methodischer Neuausrichtung verweisen können (siehe hierzu Koloma Beck 2019). Vor diesem Hintergrund sollte sie sich selbstbewusst in aktuelle Debatten um die Neuorientierung der Disziplin einmischen. Sie müssen geführt werden, will die Soziologie nicht zur Verbündeten von politischen Akteuren werden, die eine Vergangenheit bewahren wollen, die es nie gegeben hat.

Teresa Koloma Beck

Literatur

- Bauman, Z. 1989: *Modernity and the Holocaust*. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Beck, U., Grande, E. 2010: Jenseits des methodologischen Nationalismus: außer-europäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne. *Soziale Welt*, 61. Jg., Heft 3, 187–216.
- Boatcă, M., Farzin, S., Go, J. 2018: E-Mail-Debate. *Postcolonialism and Sociology. SOZIOLOGIE*, 47. Jg., Heft 4, 423–438.
- Bogusz, T. 2018: *Experimentalismus und Soziologie. Von der Krisen- zur Erfahrungswissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Calhoun, C. 2004: A World of Emergencies. Fear, Intervention, and the Limits of Cosmopolitan Order. *Canadian Review of Sociology/Revue canadienne de sociologie*, vol. 41, no. 4, 373–395.
- Go, J. 2016: *Postcolonial thought and social theory*. New York: Oxford University Press.
- Koloma Beck, T. 2019: Welterzeugung. Gewaltsoziologie als kritische Gesellschaftstheorie. *Zeitschrift für Theoretische Soziologie*, 8. Jg., Heft 1, 12–23.
- Law, J., Urry, J. 2004: Enacting the social. *Economy and Society*, vol. 33, no. 3, 390–410.

- Mann, M. 2005: *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Mol, A. 1999: Ontological politics. A word and some questions. *Sociological Review*, vol. 47, no. 1, 74–89.
- Reuter, J., Villa, P.-I. (Hg.) 2010: *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Interventionen*. Bielefeld: transcript.
- Tönnies, F. 1911: Wege und Ziele der Soziologie. In G. Simmel, F. Tönnies, M. Weber u.a., *Verhandlungen des ersten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 22. Oktober 1910 in Frankfurt am Main*. Tübingen: Mohr, 17–38.
- von Trotha, T. 1997: Zur Soziologie der Gewalt. In T. von Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 9–56.
- von Trotha, T. 2000: Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit. *Leviathan*, 28. Jg., Heft 2, 253–279.

Nationalstaat und Politische Soziologie. Siamesische Zwillinge oder moribundes Paar?

Größere und komplexere Gesellschaften finden ihre Einheit und Gestalt vor allem im und durch den Staat. Der Nationalstaat verkörpert dabei das bisher erfolgreichste Modell politischer Vergesellschaftung von anonymen und weitgehend atomisierten Bevölkerungen. Der Siegeszug des Nationalstaates verdankt sich im Wesentlichen vier interdependenten politisch-institutionellen Prozessen: a) der *Territorialisierung* politischer und gesellschaftlicher Ordnungen, b) der *Bürokratisierung* und dem Aufbau von Verwaltungsstrukturen, c) der *Nationalisierung* der Bevölkerung sowie d) der *Demokratisierung*. Dadurch wurde ein in der bisherigen Geschichte der Menschheit beispielloser Grad der herrschaftlichen Strukturierung und Durchdringung der »Bevölkerungen«, dem künstlichen Objekt modernen Regierens, erreicht. Meine These lautet daher: Was landläufig als Politische Soziologie bezeichnet wird, deckt sich weitgehend mit dem Problemfeld der allgemeinen Soziologie, soweit diese Fragen der gesellschaftlichen Integration, der Sozialstruktur und der Bewusstseinsformen sowie deren Verhältnis zueinander zum Gegenstand hat. Um diesen vielschichtigen Problemkomplex hier schlaglichtartig zu beleuchten:

a) Territorialisierung politischer und gesellschaftlicher Ordnungen

Zu den wichtigsten, vielfach unlösbaren Bindungskräften für die meisten Menschen gehört das Staatsgebiet, in dem sie leben, das Land, dem sie angehören. Das politische Territorium verliert selbst in Zeiten der Globalisierung und Europäisierung weder seine praktische Deutungs- und Handlungsrelevanz noch sein überragendes Identifikationspotenzial. Die Menschen identifizieren sich in der Masse immer noch primär mit ihrem Herkunftsraum, und Herkunft bedeutet Abstammung, Zugehörigkeit zu vermeintlich uralten Gemeinschaften mit unterstellter bruchloser Kontinuität, zu Bluts- oder Traditionsgemeinschaften. Herkunft behält seine mythologische Deutungskraft. Das Staatsterritorium definiert daher nach wie vor den wichtigsten Mitgliedschafts-, Sicherheits- und Solidaritätsraum der allermeisten Bürger. Auch die nationalen Wählerschaften sind ausnahmslos territorial definiert.

b) Bürokratisierung und Aufbau von Verwaltungsstrukturen

Der unaufhaltsame Prozess der Bürokratisierung führte in der Konsequenz, wie schon Max Weber bemerkte, zu einer allgemeinen Nivellierung, Homogenisierung und formalen Klassifizierung der Einwohner der Territorialstaaten und deren Verwandlung in Staatsbürger. Eine Konsequenz davon ist die Entstehung fiktiver, in erster Linie auf Gemeinsamkeitsglauben und Rechten beruhender, abstrakter und anonymer, politisch definierter Großkollektive. Obwohl die Bürger in modernen Gesellschaften im hohen Maße individualisiert sind und zwischen ihnen zum Teil erhebliche sozio-ökonomische Unterschiede bestehen können, teilen sie die Identifikation mit einer nationalen Gesellschaft, als Landsleute, Volksgenossen oder als Mitbürger. Wo territorial gebundene Bevölkerungen als abstrakte Bezugskollektive die ständischen, ethnischen, regionalen, konfessionellen und sonstigen Differenzierungen vormoderner Gesellschaftsformen substituieren, wird staatliche Herrschaft total. Die damit einhergehende Rationalisierung der Souveränität revolutionierte die Herrschafts-, Überwachungs- und Manipulationstechniken des Staates. Dienstfertig unterstützt wird sie von den positivistischen Wissenschaften, der Statistik, der Politischen Ökonomie, nicht zuletzt den Sozial- und Kulturwissenschaften, die für die Generierung von politischem Steuerungswissen unentbehrlich geworden sind.

c) Nationalisierung der Bevölkerung

Der langfristig wirkende historische Prozess der Nationalisierung der Bevölkerungen, der sich im Wesentlichen den Verteidigungsfunktionen des Staates nach außen und seiner Bindung von Massenloyalität nach innen verdankt, wird tagtäglich von den öffentlichen Institutionen reproduziert. Der alltägliche, diffuse Nationalismus, die Hintergrundideologie des modernen Staates, ist ein integrales, selbstverständliches und weitgehend unhinterfragtes Erfahrungselement der Lebenswelt und ihres Weltbildes. Er prägte nicht nur zutiefst den sozialen Habitus der Leute und die Persönlichkeitsstrukturen jedes Einzelnen gemäß den vorherrschenden Empfindungs-, Wert- und Verhaltensstandards, sondern brachte überhaupt erst die als symbolische und institutionalisierte Ganzheit vorgestellte nationale Gesellschaft hervor. Deshalb ist mit der Auflösung des Alltagsnationalismus auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. In der Demokratie lässt er sich zudem leicht und wirkungsvoll als gesellschaftliche Gegenbewegung zu den fortschreitenden transnationalen und europäischen Tendenzen der Funktionssysteme und -eliten politisieren und radikalisieren, wie gerade der nationalistische Populismus in Europa beweist.

d) Demokratisierung

Der Alltagsnationalismus und die Demokratie gehen also Hand in Hand – die Demokratie bedarf der nationalen Gesellschaft als Bezugseinheit und »souveränes Kollektiv« (Norbert Elias), der Nationalismus ist das Sinnssubstrat der Demokratie. Demokratie und Nationalismus sind strukturelle Zwillinge. Die Nationalisierung der Massen birgt zudem eine eigendynamische soziale Inklusionstendenz, die, ausgehend von den Macht- und Legitimationsbestrebungen der stilprägenden Oberschichten und politischen Eliten, immer mehr auch die unteren Schichten, Unterprivilegierten und früheren Außenseiter das Stimmrecht und damit politische Macht verleiht, am prominentesten der Arbeiterklasse und den Frauen. Mit der sukzessiven Erweiterung des Wahlrechts auf immer breitere soziale Kreise innerhalb der Nation entwickelten sich die Institutionen der parlamentarischen Demokratie (Parlamente, Parteien, Wahlen etc.) nicht nur zu den wichtigsten Katalysatoren gesellschaftlicher Interessen- und Wertkonflikte, sondern auch zu den zentralen Symbolen der gesellschaftlichen Einheitspräntionen. Bei jeder Wahl zum Beispiel wird das souveräne Kollektiv, der Demos, als nationale Gesellschaft rituell und für einen kurzen Augenblick hervorgebracht und reproduziert – bevor es sich wieder in die zahllosen wahlberechtigten

Einzelnen auflöst und die Deutung der Wahlergebnisse den Profis der Politik, Machthabern, Kommentatoren und Experten überlässt.

Fazit

Gesellschaften als territoriale Einheiten, Mitgliedschaftsverbände und kulturelle Nationen sind ohne Staatsgrenzen und politische Institutionen nicht vorstellbar. Gesellschaften im landläufigen Sinn sind deshalb in erster Linie Staatsgesellschaften. Obwohl ein wohl unaufhaltsamer Trend zu überstaatlichen und -nationalen Verflechtungen zu beobachten ist, bleiben die staatlich organisierten Gesellschaften die entscheidenden Integrationseinheiten; selbst die Konsequenzen von Transnationalisierung und Globalisierung müssen diese noch intern verarbeiten. Die Soziologie politischer Prozesse und Institutionen sollte daher den jüngst viel kritisierten methodologischen Nationalismus nicht vorschnell über Bord werfen – sie könnte das Kind mit dem Bade ausschütten und ungewollt ihren wichtigsten Gegenstand preisgeben: die nationale Gesellschaft.

Maurizio Bach

Grundlegende Schriften

- Billig, M. 1995: *Banal Nationalism*. London: Sage.
- Bourdieu, P. 2012: *Sur l'État*. Cours au Collège de France (1989–1992). Paris: Seuil.
- Elias, N. 1989: *Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elias, N. 2001: *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. 2004: *Sécurité, territoire, population*. Cours au Collège de France. 1977–1978. Paris: Ehes Gallimard Seuil.
- Lepsius, M.R. 1990: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Richter, H. 2017: *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Rokkan, S. 2000: *Staat, Nation und Demokratie in Europa*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wagner, P. 1990: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870–1980*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Weber, M. 1984: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914–1918*. Max Weber Gesamtausgabe I/15. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, M. 2005: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Max Weber Gesamtausgabe I/22-4. Tübingen: Mohr Siebeck.

Die Post-Transformation erklären: Politische Soziologie als Verknüpfung von Narrativen, Netzwerken und Ambivalenz

Das Politische, so schreiben die Initiator*innen dieses Symposions in ihrer Einleitung, dränge sich in den gesellschaftlichen Vordergrund wie seit Jahren nicht mehr. Doch lässt sich wirklich eine neue Qualität der Prävalenz des Politischen feststellen, oder handelt es sich vielmehr um ein längst überfälliges Sichtbarwerden politischer Komplexität im sogenannten postfaktischen Zeitalter? Ich argumentiere, dass das eruptive Aufbrechen längst beruhigt geglaubter oder scheinbar neuer politischer Konfliktlinien in den sonst so konsensualen Gesellschaften (West-)Deutschlands, (West-)Europas und Nordamerikas eine Art nachholende Entwicklung darstellt. Deren Dynamik und Konsequenzen könnte die Politische Soziologie heute schon besser erklären, hätte sie sich nicht frühzeitig aus der Transformationsforschung verabschiedet.

Der Blick in die Transformationsforschung – den die Politische Soziologie seit Ende der 1990er Jahre zunehmend gescheut hat – zeigt, dass weder die Intensität noch die Multidimensionalität des Politischen in der Gesellschaft wirklich neue Phänomene sind. Bereits 1994 betonte Claus Offe mit der These vom »Dilemma der Gleichzeitigkeit«, dass sich die postsozialistischen »Transformations«-Gesellschaften in einem vielschichtigen und teils in sich widersprüchlichen Wandel befinden, dessen Dynamik enorm und dessen Ausgang mehr als ungewiss ist. Diese offensive Benennung von Komplexität aus soziologischer Perspektive wurde im Diskurs der – zunehmend ökonomisch und politikwissenschaftlich geprägten – Transformationsforschung allerdings bald von teleologischen, nahezu linearen Vorstellungen demokratischer Konsolidierung und sich fortwährend vertiefender europäischer Integration verdrängt. Die Politische Soziologie, so muss man im Nachhinein feststellen, hat bis auf einige wenige Ausnahmen (Bertram, Kollmorgen 2001; Busch, Kollmorgen 2015) spätestens in den frühen 2000ern den Draht zur Transformationsforschung verloren.

Dabei offenbart sich der Bedarf an einer kritischen soziologischen Perspektive auf die Dynamiken des Politischen schon bei der oberflächlichen Betrachtung politischer Phänomene und deren gesellschaftlicher Einbettung: Dass in Polen seit dem Jahr 2001 eine nationalkonservative, populistisch-autoritäre Partei zunehmend erfolgreich ist und liberale Errungenschaften der Demokratisierung massiv in Frage gestellt werden, ist hinlänglich bekannt. Weniger offensichtlich sind die Gründe dieses Erfolges, die unter anderem darin liegen, dass die PiS rechte Identitätspolitik problemlos

mit dezidiert linker Sozialpolitik vermischt und damit das alte Rechts-Links-Schema stellvertretend für ganz Mitteleuropa aufbricht. Dass in der Ukraine im Frühjahr 2019 ein politisch unerfahrener Schauspieler zum Präsidenten gewählt wurde, begleiteten Medien in Deutschland staunend. Welche Bedeutung allerdings einem friedlichen demokratischen Wechsel in einem politischen Spitzenamt in einer postsowjetischen Gesellschaft wie der Ukraine oder auch Georgien zukommt, wenn Gesellschaft und Staat zugleich mit der Nicht-Anerkennung staatlicher Souveränität durch die frühere Kolonialmacht zu kämpfen haben, wird weder in medialen noch sozialwissenschaftlichen Debatten explizit aufgegriffen.

Dass die AfD-Wähler*innen in Ostdeutschland selten zu den klassischen Modernisierungsverlierer*innen gehören und auch nicht vollständig xenophob eingestellt sind, wiesen aktuelle Studien (zum Beispiel Lengfeld 2017) nach. Aber welche demokratiegefährdende Kraft die Erfahrung einer hoch dynamischen Transformation, individuell oder kollektiv empfundene Abwertungen und fortbestehende Missverständnisse bergen, wie diese sich über Jahre und Jahrzehnte zu einer gesellschaftspolitischen Skepsis bis hin zu politischem Nihilismus auswachsen konnten, wird erst vereinzelt und viel zu selten öffentlich diskutiert.

Diese Beispiele verdeutlichen zwei Aspekte: Weder befinden sich die post-sozialistischen Gesellschaften seit 1989/91 in einem teleologisch gedachten »Aufholprozess«, noch ist die vermeintliche Rückkehr politischer Konfliktlinien in »westlichen Konsensgesellschaften« eine neue Entwicklung. Es lässt sich vielmehr ein Post-Transformationsprozess in europäischen Gesellschaften beobachten, dem eine hohe Eigendynamik, Konflikthaftigkeit und zugleich Kontingenz innewohnt. Es mag also vor allem die Uneindeutigkeit sein, deren Präsenz im Politischen und in der Gesellschaft als neu erscheint.

Wie kann die Politische Soziologie diese Uneindeutigkeit konzeptuell aufgreifen? Eine Perspektive, um solche nicht-linearen Wandlungsprozesse fassen zu können, hat Charles Tilly vorgeschlagen, indem er sozialen Wandel mithilfe der drei Kategorien »Episoden«, »Prozesse«, »Mechanismen« sowie deren Wechselwirkungen aufschlüsselt (Tilly 1995; 2001). Mit der Analyse von Episoden als Sequenz oder Überlagerung von Prozessen und von Prozessen als Sequenz oder Überlagerung inhaltlich und strukturell diverser Mechanismen eröffnet Tillys Politische Soziologie eine nicht-lineare Perspektive auf die Komplexität gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, die auch Widersprüche und Multidimensionalität integrieren kann.

Aus diesem Perspektivwechsel resultieren drei Verknüpfungspunkte, welche die Politische Soziologie und die Transformationsforschung mit ihrer Orientierung auf induktive Theoriebildung, mittlere Reichweite und asymmetrische Kausalitäten systematisch miteinander verbinden könnten. Sequenzen und Überlagerungen von unterschiedlichen Mechanismen, die sich zu Prozessen und schließlich zu Episoden verdichten, bilden einen mehrdimensionalen analytischen Raum, der Geschichten, Akteure und deren Verflechtungen sowie die inhärente Uneindeutigkeit und Widersprüchlichkeit gesellschaftlichen Wandels zugänglich und analysierbar macht. Der spezifische Mehrwert der Transformationsperspektive für die Politische Soziologie liegt daher in der Integration von Narrativen, Netzwerken und Ambivalenz.

Dass Geschichte aus Geschichten gemacht wird, ist spätestens seit der konstruktivistischen Wende in den Geschichtswissenschaften bekannt. Diese Perspektive kann auch der Politischen Soziologie und der soziologischen Transformationsforschung die Möglichkeit bieten, *stories* (White 2008) und Kontexte stärker miteinander zu verknüpfen. Gerade die Verbindung der individuellen wie kollektiven Transformationserfahrungen der 1990er Jahre mit heutigen Wahlergebnissen und identitären Zufluchtsorten in postsowjetischen Gesellschaften erfordert analytische Zugänge, welche die geteilten Interpretationen und (Miss-)Verständnisse in mehrdimensionale Erklärungsmuster einbetten.

Zugleich könnte eine Politische Soziologie, die komplexe Prozesse und *stories* miteinander in Bezug setzt, die Netzwerke zwischen Ereignissen, Narrativen bzw. Interpretationen und individuellen wie kollektiven Akteuren stärker in den Fokus der Analyse rücken (Emirbayer 1997; Mische 2011; Tilly 2005). Eine relationale Herangehensweise, welche die Verflechtungsgeschichte(n) analysiert, statt singuläre Institutionen oder Akteure zu betrachten, kann Kontingenzen, Pfadabhängigkeiten und Übergänge analysieren, ohne dabei teleologisch und linear argumentieren zu müssen. Die soziale Netzwerkanalyse als methodologische und theoretisch informierte Basis einer solchen Politischen Soziologie der post-transformatorischen Verflechtung würde Akteure, Intentionen, Mechanismen und Deutungsmuster analytisch integrieren und damit der Komplexität des andauernden gesellschaftlichen Wandels Rechnung tragen.

Schließlich würde eine transformatorisch informierte Politische Soziologie enorm von einem systematischen Einbezug von Ambivalenz als zentralem theoretischem Konzept profitieren (Bauman 1991; Beichelt et al. 2019; Worschech 2018). Jenseits der schon angesprochenen Transformations-

Teleologie eröffnet die Perspektive der Ambivalenz den Blick auf politische Innovationen, Restrukturierungen und Re-Organisation von Wissen, Narrativen und Relationen. Ambivalenz als Kernkonzept der Politischen Soziologie und insbesondere in der Transformationsforschung bedeutet, dass Widersprüche, Konflikte, Brüche und Krisen als formativ und grundlegend für gesellschaftliche Entwicklungen angesehen werden – gerade Demokratisierung, Partizipation und Europäisierung sind inhärent ambivalente Prozesse gesellschaftlichen Wandels.

Die Transformationsperspektive auf Narrative, Netzwerke und Ambivalenz könnte nicht nur der Politischen Soziologie helfen, sich wieder stärker in soziologische Debatten, mithin soziologische Theoriebildung einzubringen. Es würde auch einer Öffentlichen Soziologie zu Gute kommen, welche die häufige Oberflächlichkeit und Pauschalisierung in der öffentlichen und medialen Betrachtung der Post-Transformationsgesellschaften Europas mit angemessener Komplexität unterfütterte. Zugleich würde somit eine gesamteuropäische »Rückkehr des Politischen« kontextualisiert und plausibilisiert werden. Sowohl die öffentliche als auch die soziologische Debatte zu aktuellen Entwicklungen der Post-Transformationsgesellschaften steckt, was die analytische Tiefe und die Verbindung relevanter und geeigneter Perspektiven angeht, gerade noch in der Anfangsphase. Die Politische Soziologie hätte gute Chancen, zu einer stärkeren öffentlichen Stimme zu werden, wenn sie unterschiedliche Perspektiven auf post-transformatorischen Wandel innovativ miteinander verknüpfte.

Susann Worschech

Literatur

- Bauman, Z. 1991: *Modernity and Ambivalence*. Oxford: Wiley.
- Beichelt, T., Frysztacka, C.M., Weber, C., Worschech, S. 2019: *Ambivalences of Europeanization. Modernity and European integration in perspective*. IFES Working Paper Series, 1/2019.
- Bertram, H., Kollmorgen, R. (Hg.) 2001: *Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern*. Wiesbaden: VS.
- Busch, U., Kollmorgen, R. (Hg.) 2015: *25 Jahre Deutsche Einheit. Ostdeutschlands fragmentierte Integration*. Potsdam: WeltTrends.
- Emirbayer, M. 1997: *Manifesto for a Relational Sociology*. *American Journal of Sociology*, vol. 103, no. 2, 281–317.

- Lengfeld, H. 2017: Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69. Jg., Heft 2, 209–232.
- Mische, A. 2011: Relational Sociology, Culture, and Agency. In J.P. Scott, P. Carrington (eds.), *The SAGE Handbook of Social Network Analysis*. London: Sage, 80–98.
- Tilly, C. 1995: To Explain Political Processes. *American Journal of Sociology*, vol. 100, no. 6, 1594–1610.
- Tilly, C. 2001: Mechanisms in Political Processes. *Annual Review of Political Science*, vol. 4, no. 1, 21–41.
- Tilly, C. 2005: Identities, boundaries, and social ties. Boulder, CO: Paradigm Publ.
- White, H.C. 2008: Identity and Control. How Social Formations Emerge. Princeton: Princeton University Press.
- Worschech, S. 2018: The »making« of Europe in the peripheries: Europeanization through conflicts and ambivalences. *Culture, Practice & Europeanization*, vol. 3, no. 3, 56–76.

Politische Öffentlichkeit in Gesellschaft der Computer – Über die Bedeutung der Medienevolution für die Politische Soziologie

Die Digitalisierung verändert die Gesellschaft aktuell grundlegend, was für die theoretische wie empirische soziologische Forschung eine Herausforderung darstellt (vgl. Baecker 2007). Die Konsequenzen der Medienevolution halten sich dabei nicht an die fein verästelten Ausdifferenzierungen der Selbstbeschreibung der soziologischen Disziplin: Politische Soziologie, Organisationssoziologie, Mediensoziologie (und viele mehr) bekommen es mit ähnlichen Entwicklungen zu tun, die nach einer *allgemein-soziologischen* Betrachtung verlangen. Für die Politische Soziologie bedeutet Digitalisierung auf mehreren Ebenen eine Herausforderung. Politik wird nun auf andere Art und Weise begründet, anders vermittelt und anders rezipiert. Ganz besonders drastisch verändern sich Form und Rolle politischer Organisationen, politischer Öffentlichkeit(en) und Modi des Regierens, allesamt Voraussetzungen für die Bildung politischer Kollektive.

Die Politische Soziologie hat sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark ausdifferenziert und dabei vor allem anhand ihrer Gegenstände¹ und der Rezeption verschiedener Theorien² formiert. Allgemein-soziologische Erwägungen traten dementsprechend in den Hintergrund und die Spezialisierung politisch-soziologischer Analysen sowie ihre interdisziplinäre Anschlussfähigkeit standen im Fokus.

Durch das Auftreten eines wirkmächtigen neuen Mediums, des Computers, und seiner vielfältigen Anwendungen wird nun die scheinbar klare Abgrenzbarkeit soziologischer Forschungsfelder durch ihre eigenen Gegenstände auf die Probe gestellt: Allgemein-soziologische Reflexionen werden schlicht notwendig, um die Breite der empirischen Phänomene erfassen und adäquat analysieren zu können. Das betrifft auch (aber nicht nur) die Politische Soziologie. Und so scheint es kein Zufall zu sein, dass es gerade jetzt mit diesem Symposium eine Initiative zur Diskussion und Klärung des Gegenstandsbereiches gibt. Denn auch der Gegenstand der Politischen Soziologie wird aktuell aufs Neue begründungsbedürftig, macht ein Blick in die Empirie doch deutlich, dass die digitale Kommunikation politische Prozesse verändert und umstrukturiert. Neue Logiken politischer Kommunikation werden sichtbar und die Strukturen der bürgerlichen politischen Öffentlichkeit – zum Beispiel die Selektion wichtiger politischer Informationen durch Massenmedien und ihre Gatekeeper, oder die Auswahl geeigneten politischen Personals durch politische Organisationen – werden prekär. Das hat Konsequenzen für die Idee der politischen Organisation, für die Interaktion politischer Akteure und auch für die Frage, was Politik im 21. Jahrhundert denn bedeutet, was sie ausmacht, wie sie funktioniert (Siri 2018a; 2018b).

Angesichts der Digitalisierung scheint die alte soziologische Annahme, dass es der Politik um die Organisation von Kollektiven geht, aktueller denn je, denn genau diese Kollektivierungsleistungen werden nun sichtbar zum Problem. Das politische System, so Armin Nassehi, verliert seine Exklusivität im Hinblick auf kollektive Verbindlichkeit (2016: 53). Insbesondere die Zeitstabilität von demokratisch formierten Kollektiven scheint in Zeiten kurzlebiger Parteien und volatiler Wahlentscheidungen nicht mehr gegeben – und damit dem politischen Handeln die Planungssicherheit weitestgehend entzogen (Siri 2018a). Der Kern des Politischen – den man frei nach Weber

1 Zum Beispiel Protestbewegungen, Aktivismus, politische Organisationen, transnationale Politik.

2 Zum Beispiel Gouvernementalitätsanalysen, (Neo-)Institutionalismus, (Neo-)Marxismus, Differenzierungstheorie.

und Luhmann mit der Organisation von Macht, genauer: mit der Organisation von Kollektiven anhand von Entscheidungen über das Wie-Weiter dieser Kollektive beschreiben kann – ist einerseits noch relativ stabil – und wird doch durch die Modi der Digitalisierung massiv herausgefordert. So verändert sich mit der Medienevolution der letzten Jahrzehnte die Art und Weise, wie Entscheidungen zustande kommen und wie Personal für politische Karrieren selektiert wird. Die »alten« Organisationen der Demokratie leiden unter diesen Veränderungen, da sie »ihre« Kollektive, ihr geneigtes Publikum, ihre Stammwähler aber auch ihre »Lieblingsgegner«, verlieren und ihre Programme und Kommunikationsversuche sich nur noch bedingt als anschlussfähig erweisen (vgl. hierzu bereits Nassehi 2006). Die Stabilität moderner Demokratien – einst wohlbegründet und der Diktatur gerade hinsichtlich dieser Stabilität als überlegen beschrieben – wird durch medienevolutive Praktiken aktuell bis ins Mark erschüttert.

Im Aufruf zu diesem Diskussionsforum wird danach gefragt, was den Stellenwert und das Potential einer Politischen Soziologie der Gegenwart ausmache. Meine Antwort lautet, dass die Politische Soziologie dazu in der Lage ist, Veränderungen politischer Formationen zu erklären, indem sie einen (medien-)historischen und zugleich mikrosoziologischen Blick auf Formen der Kollektivierung und politischer Organisation wirft. Entscheidend für den Erfolg politisch-soziologischer Analysen der Gegenwart ist aus meiner Sicht die Frage, wie genau die Emergenz neuer politisch-technischer Ensembles und neuer Kollektive beschrieben und theoretisch reflektiert wird (Schrape, Siri 2019). Als größte Herausforderung begreife ich dabei den Einfluss der Computerkommunikation auf politische Öffentlichkeiten, auf die sich die demokratische Praxis zur Meinungsbildung der Einzelnen verlässt und die sie als Aggregat in der praktisch noch immer relevanten Illusio einer »öffentlichen Meinung« zusammenfasst (vgl. Bourdieu 1993). Wie lässt sich Politik organisieren und planen, wenn diese Illusio pluralisierten Arenen (vgl. Nassehi 2006) weicht? Nicht zuletzt scheint es so zu sein, dass die Computerkommunikation politische (Massen-)Organisationen – die für das 19. und 20. Jahrhundert so wichtig waren – marginalisiert. Bisher sind Anpassungsversuche der »alten Organisationen« nur bedingt zu beobachten bzw. erfolgreich. Die medienhistorische Perspektive lädt in diesem Zusammenhang zum Vergleich der Bedingungen und Möglichkeiten politischer Kommunikation ein, die mikrosoziologische Perspektive erlaubt die so notwendige, genaue Beschreibung neuer kommunikativer Praxen.

Seitdem sich unsere Disziplin formiert hat, fragen Soziolog*innen danach, wie Kommunikation zustande kommt und wie sie durch gesellschaftliche Voraussetzungen strukturiert wird – zum Beispiel durch Normen, Medien und Technik. Eine solche Betrachtung ist angesichts der großen gesellschaftlichen Veränderungen durch das digitale Medium notwendig und macht meiner Meinung nach den Reiz einer dezidiert soziologischen Perspektive auf die politische Kommunikation im 21. Jahrhundert aus. Die Effekte des Medienwandels zu verstehen, bedeutet, sie kleinteilig, mittels mikrosoziologischer Analysen nachzuvollziehen, um die Wirkung der Medien auf den politischen Gehalt der Kommunikation sichtbar zu machen. Spannend ist dabei die Frage, wie eine (einigermaßen zeitstabile) Kollektivbildung funktionieren kann, wenn die alten Organisationen und Publika prekär werden. Denn Kollektive selbst und Suchbewegungen nach Kollektivität werden weniger selbstverständlich und gleichen, so zeigt ein Blick in die Empirie, nicht selten einer Schlittenfahrt durch unbekanntes Gelände. Es stellt sich daher – zumindest im Sinne einer Hintergrundhypothese für die theoretische Arbeit – die Frage, ob und wie sich Politik (auch) abseits der Kollektive ereignet und mit welchen soziologischen Mitteln dies in den Blick genommen werden kann.

Das Potential einer Politischen Soziologie, die die Medienevolution als sozialhistorisches Ereignis wie auch die damit verbundenen Mikropraktiken im Blick hat, besteht darin, Medieneffekte nicht als politisch intendierte Handlung misszuverstehen und/oder sogleich normativ zu bewerten. Das freie Spiel der Suchbewegungen nach Kollektivität im 21. Jahrhundert lässt sich viel besser beschreiben und verstehen, wenn wir die beforschten Gegenstände nicht vorschnell mit den politischen Idealen des 19. und 20. Jahrhunderts konfrontieren.

Jasmin Siri

Literatur

- Baecker, D. 2007: Studien zur nächsten Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 1993: Die öffentliche Meinung gibt es nicht. In P. Bourdieu, Soziologische Fragen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 213–223.
- Nassehi, A. 2006: Der soziologische Diskurs der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Nassehi, A. 2016: Die Wiedergewinnung des Politischen. Eine Auseinandersetzung mit Wahlverweigerung und kompromisslosem Protest. Berlin, St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Schrabe, J.-F., Siri, J. 2019: Facebook und andere soziale Medien. In N. Baur, J. Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, 1053–1064.
- Siri, J. 2018a: Von der Partei zur Bewegung? Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 46/47)*, 27–32. www.bpb.de/apuz/279821/von-der-partei-zur-bewegung, letzter Aufruf 18. Juli 2019.
- Siri, J. 2018b: *Kampfzone Gender. Über die Politisierung wissenschaftlicher Expertise*. Berlin: Nicolai Verlag.

Gute Politische Soziologie – die analytisch-empirische Perspektive

Die Organisatoren dieses Symposions baten um eine Antwort auf die Frage, welche Bedeutung dem Politischen in der Soziologie zukomme. Leider kann ich diese Frage nicht beantworten, denn das setzt voraus, dass es ein zumindest weitgehend einheitliches Verständnis über Gegenstand und Methodologie des Faches gäbe. Mein Eindruck ist, dass es sich mit der Politischen Soziologie wie mit dem gesamten Fach verhält: Beide zerfallen in unterschiedliche Methodologien, Theorieansätze und methodische Schulen, sodass sie manchem so divers anmuten wie die dünn geschmiedete Klammer, die alles zusammenhält, nämlich die moderne Gesellschaft selbst. Was die Politische Soziologie betrifft, mag das auch am Begriff des Politischen liegen. Das Politische ist ein Formbegriff – ähnlich wie Gerechtigkeit oder Solidarität –, der je nach analytischem Standpunkt mit unterschiedlichem substantiellen Verständnis gefüllt wird. Die Sektion Politische Soziologie hat zwar vor einiger Zeit versucht, die Klammer zu ertüchtigen, indem sie das Politische begrifflich mit dem Begriff der Macht und dessen Verstetigung zur Herrschaft konkretisierte. Weil sich Macht aber fast überall findet, wo Menschen zusammenleben, bietet der Begriff mannigfache Möglichkeiten zur Interpretation – von der ländervergleichenden Parteienforschung bis zur theoretischen Dekonstruktion der Geschlechterdifferenz in Paarbeziehungen.

Dieser Zustand, den manche feiern und andere beklagen, existiert, weil das systematische Nachdenken über Gesellschaft aufgrund des Fehlens gegenstandsimmmanenter Standards offenbar nicht oder nur schwach kanonisierbar ist. Damit fehlt ein Maßstab zur Beantwortung der Ausgangsfrage. Deshalb stelle ich die Frage anders: Was macht, von einem spezifischen methodologischen Standpunkt aus gesehen, *gute* Politische Soziologie aus? Das klingt wie eine Wertfrage, ist aber letztlich wissenschaftstheoretischer Art und damit beantwortbar.

Mein eigener Standpunkt ist die analytisch-empirische Perspektive auf die Politik der Gesellschaft. Man wird nicht überrascht sein, wenn ich diesen Standpunkt für leistungsfähig und, Hartmut Esser (2018a; 2018b) folgend, für inklusiv, also weite Teile der Soziologie einschließend, halte. Ich illustriere dies an einer Debatte, an der ich jüngst beteiligt war.

Ein Jahr vor der letzten Bundestagswahl hieß es aus den Reihen der CDU, dass sie sich mehr um Menschen kümmern wolle, »die sich als Modernisierungsverlierer sehen und derzeit noch bei populistischen Parteien von rechts und links ihre Zuflucht suchen«. Gemeint waren Wähler, die aufgrund eines Verlusts an materiellen Lebenschancen dazu neigten, die AfD zu wählen. Diese AfD-Modernisierungsverliererthese hatte mich damals nicht überzeugt. Denn wirtschaftspolitisch vertritt die AfD ein ordoliberales Programm und lehnt umfassende sozialpolitische Interventionen des Staates ab. Modernisierungsverlierer, die die AfD wählten, täten dies dann weitgehend gegen ihre wohlverstandenen Interessen. In einer Analyse mit Umfragedaten aus November 2016 habe ich auch keine erhöhte Wahrscheinlichkeit gefunden, wonach Modernisierungsverlierer häufiger beabsichtigten, bei der Bundestagswahl AfD zu wählen als andere im Bundestag vertretene Parteien. Ich schlussfolgerte, dass zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen, die die etablierten Parteien ergreifen wollten, kaum geeignet wären, um potentielle Wähler der AfD von ihrer Wahlabsicht abzuhalten (Lengfeld 2017).

Dieser Aufsatz löste drei Replikationsstudien aus, die auf Basis der weitgehend gleichen methodischen Operationalisierung aber mit anderen Daten zu einem anderen empirischen Befund kamen (Lux 2018; Rippl, Seipel 2018; Tutić, von Hermann 2018). Eine vierte Replikationsstudie unterstützte dagegen meine Interpretation der Ergebnisse (Schröder 2018). Auch ich hatte mich bemüht, mehr Licht ins Dunkel der Ursachen der AfD-Unterstützung zu bringen und habe mit einer Koautorin eine Erweiterung meiner damaligen Analyse durchgeführt (Lengfeld, Dilger 2018). Liest man die Studien in

der Zusammenschau, so ergibt sich aus meiner Sicht ein Erkenntnisfortschritt, den wir ohne diese Diskussion vielleicht so nicht gewonnen hätten: Modernisierungsverlierer neigen tatsächlich eher zur AfD, aber weniger aus eigeninteressierten wirtschaftlichen Motiven, sondern weil sie häufiger als Personen mit höherem Status nationalistische Einstellungen halten und die Zuwanderung von Flüchtlingen ablehnen (zusammenfassend Lengfeld 2018). Ich sehe diese Debatte als Beispiel für *gute Politische Soziologie* an, weil sie vier Kriterien folgte, die ich für zentral halte:

1. Relevanz

Die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen politischen Handelns hat einen Anwendungsbezug, die Aufklärung der Gesellschaft über sich selbst. Das ist nicht zu verwechseln mit Politikberatung. Soziologisches Wissen kann helfen, rationales politisches Handeln zu ermöglichen, ohne dabei selbst zu politisieren. Darin besteht seine Nützlichkeit. Dazu gehört aber auch, sich als Forscher/in aktiv an der Distribution von Erkenntnis in die Gesellschaft hinein zu beteiligen, also die Akteure zu erreichen. Als öffentlich finanzierte Wissenschaft haben wir meines Erachtens eine Verantwortung dazu. Wir könnten ihr aber mit mehr Engagement nachkommen.

2. Kopplung von Argument und empirischer Prüfung

Erkenntnis besteht darin, Wissen über den Zustand der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erzeugen. Dazu dienen möglichst klare, theoretisch begründete Aussagen über die Ursachen des Wahlverhaltens. Diese Aussagen müssen sich an der Realität mithilfe kontrollierter Methoden der empirischen Sozialforschung messen lassen – auch wenn dies nie vollständig und fehlerfrei gelingt, gleichviel welche Methoden zum Einsatz kommen. Das gilt für die Politische Soziologie wie für jede andere Erfahrungswissenschaft.

3. Intersubjektive Überprüfbarkeit

Erkenntnis setzt voraus, dass möglichst viele Studien dieselben theoretisch abgeleiteten Aussagen unter modifizierten Bedingungen prüfen. Indem die Replikationsstudien mein Argument und die methodische Operationalisierung weitgehend konstant hielten, aber die Datenbasis variierten, gelangten sie zu abweichenden Befunden, auf die wiederum andere Studien reagieren

konnten. Diese Replikationsfähigkeit ermöglicht wissenschaftsimmanente Kritik und damit Erkenntnisfortschritt. Dieser ist aber nur möglich, wenn Primärforscher analytische Entscheidungen transparent machen.

4. Werturteilsfreiheit als regulative Idee

Mein Entschluss, den Ursachen der Wahlentscheidung für die AfD nachzugehen, hatte einen normativen Ausgangspunkt: politischen Akteuren Informationen über die Erfolgsaussichten von politischen Maßnahmen bereitzustellen, die sie selbst für geeignet halten. Dies entspricht Webers klassischer Vorstellung, die empirische Sozialwissenschaft könne für die Handelnden die Angemessenheit eines Mittels bei gegebenem Zweck beurteilen (Weber 1904). Der Forschungsprozess selbst soll aber nicht durch Werturteile beeinflusst sein, weder durch Sympathie noch durch Antipathie gegenüber der analysierten Wählerschaft oder der von ihr präferierten Partei. Diese regulative Idee ist eine gute Basis dafür, dass gesellschaftliche Akteure die Erkenntnisse soziologischer Forschung als glaubhaft und nach bestem Wissen und Gewissen erstellt ansehen.

Ich bin überzeugt davon, dass eine Soziologie, die diese Kriterien berücksichtigt, die Chance hat, in der Gesellschaft auf mehr Vertrauen zu stoßen und uns damit (wieder) mehr Gehör zu verschaffen.

Holger Lengfeld

Literatur

- Esser, H. 2018a: Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust? Nicht nur eine »Stellungnahme« aus »gegebenem Anlass«. Zeitschrift für theoretische Soziologie, 7. Jg., Heft 1, 132–152.
- Esser, H. 2018b: Engführung? Ergänzungen zu einem unerledigten Fall. Zeitschrift für theoretische Soziologie, 7. Jg., Heft 2, 251–273.
- Lengfeld, H. 2017: Die »Alternative für Deutschland«. Eine Partei für Modernisierungsverlierer? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 69. Jg., Heft 2, 209–232.
- Lengfeld, H. 2018: Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70. Jg., Heft 2, 295–310.

- Lengfeld, H., Dilger, C. 2018: Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der »Alternative für Deutschland« mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie*, 47. Jg., Heft 3, 181–199.
- Lux, T. 2018: Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die »Alternative für Deutschland«: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70. Jg., Heft 2, 255–273.
- Rippl, S., Seipel, C. 2018: Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70. Jg., Heft 2, 237–254.
- Schröder, M. 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. DIW SOEPpapers 975. www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.59_5136.de, letzter Aufruf 1. Juli 2019.
- Tutić, A., von Hermanni, H. 2018: Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70. Jg., Heft 2, 275–294.
- Weber, M. 1904: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 19. Jg., Heft 1, 22–87.

Wider das Diktat der Eindeutigkeit. Ein Denkanstoß im Geist der Kritischen Theorie

*Gibt es eine Krise Politischer Soziologie?*¹

»Fakt: Energiepolitik ist absolut gescheitert. Setzen 6!« – »Das Beste wäre, wenn die Regierung abdankt und endlich FÄHIGE Leute an die Macht lässt.«² Auf solche und ähnlich eindeutige Urteile über Politik treffen wir mittlerweile nicht mehr nur am vielzitierten Stammtisch, im digitalen Zeitalter kann man ihnen überall und jederzeit begegnen. Wollte man sich ein wenig zeitdiagnostisch aus dem Fenster lehnen, könnte man vielleicht vermuten: Die zur Alltäglichkeit gewordene Praxis des Bewertens geht einher

1 Für sehr hilfreiche Rückmeldungen zu früheren Versionen des Textes danke ich Thomas Kern, Thomas Laux und, wie immer, Hans Pongratz.

2 Diese Facebook-Kommentare, die für unzählige ihrer Art stehen, entstammen Datenmaterial aus einem Lehrforschungsprojekt aus dem Jahr 2016 (<http://jenni.brichzin.de/facebook-politikerinnen/>).

mit einer neuen Selbstverständlichkeit der Urteilsverkündung über alles Politische. Wer etwas auf sich und die eigene Einsicht in die Beschaffenheit der Welt hält, hat nicht nur eine politische Meinung, sondern oft auch ein eindeutiges politisches Urteil parat. Dieses aber ist häufig negativ: Politiker*innen gelten als unfähig, politische Praxis als von Macht korrumpiert. Politik ist, wie etwa Bruno Latour formuliert, zum Synonym für das Schiefe, das Unlautere, ja, das Falsche geworden (Latour 2003).

Was aber hat diese Beobachtung über die Inflation politischen Urteilens mit einer Debatte über Politische Soziologie zu tun? Klar, man kann durchaus – wie im Aufruf zu dieser Diskussion – die These vertreten, dass wir gegenwärtig vor ernstzunehmenden globalen politischen Krisen stehen. Vielleicht ließe sich sogar eine zweite These begründen, nämlich, dass wir es nicht nur mit einer *politischen Krise*, sondern noch grundlegender – die ange-deutete Verachtung des Politischen weist darauf hin – mit einer *Krise des Politischen* zu tun haben (vgl. Brichzin 2016). Doch selbst, wenn beides zutrifft: Folgt daraus auch eine *Krise der Politischen Soziologie*, über die es sich zu debattieren lohnt?

Mit Blick auf das Phänomen des blitzschnellen, sich aller Zweifel enthaltenden, *eindeutigen* Urteilens über Politik lässt sich diese Frage bejahen. Die gegenwärtige Krise Politischer Soziologie äußert sich aus meiner Sicht darin, dass die Disziplin nicht kollektiv dafür streitet, derartigen Kurzschlussurteilen etwas entgegenzusetzen. In anderen Worten: dass sie sich der Krise des Politischen nicht mit aller Kraft erwehrt, lässt die Krise der Politischen Soziologie offenbar werden.

Warum Fakten alleine nicht genügen

Nun ließe sich erwidern: Viele (politik-)soziologischen Untersuchungen halten dem destruktiven politischen Diskurs doch durch ihr tatsachenbasiertes Vorgehen bereits jetzt viel entgegen – an die Stelle »gefühlter« Wahrheiten setzen sie genaue Analysen. Das stimmt auf der einen Seite: Wenn Zusammenhänge nicht erkannt oder verschwiegen, Sachverhalte verdreht oder Ereignisse falsch dargestellt werden, sind prüfende Korrekturen unabdingbar. In diesem Sinne kommt es auf das gewissenhafte Herausarbeiten von Fakten an.

Auf der anderen Seite aber – so lautet ja eine fundamentale Einsicht der Kritischen Theorie (Horkheimer 1968), die ich für eine der wichtigsten theoretischen Ressourcen für das Verständnis der Gegenwart halte – genügt dies nicht. Mit dem alleinigen Fokus auf Fakten gerät aus dem Blick, dass diese

immer Antworten auf Probleme sind, die nur vor dem Hintergrund einer bestimmten, dominanten Sichtweise auf die Welt als (relevante) Probleme erscheinen. Wir versäumen also, jene Weltsicht selbst und damit den historisch gegebenen Status quo zu hinterfragen. Für den Fall der Inflation politischer Urteile heißt das: Wenn wir solchen Urteilen fortlaufend Fakten entgegenhalten, übersehen wir, dass in der Gegenwart die *Form* des politischen Urteilens selbst zum Problem geworden sein könnte.

Jene Form des politischen Urteilens wiederum ist nicht zu denken ohne einen vordringlich auf Fakten fokussierten wissenschaftlichen Wahrheitsdiskurs. Im obstinaten Pochen auf Eindeutigkeit – illustriert beispielsweise vom einleitenden Zitat – zeigt sich, wie auch ein Objektivität betonendes Denken sozial wirksam werden kann.³ Je mehr wissenschaftlich auf Faktizität gedrungen wird, heißt das, desto stärker wird im öffentlichen Diskurs versucht, auch die Legitimität des eigenen Urteils durch die Behauptung von Faktizität zu untermauern – und desto schwieriger wird es möglicherweise, dem Problem überhaupt noch mit Fakten beizukommen: Von der Überzeugung, dass das eigene Urteil auf eindeutiger Wahrheit basiert (und basieren muss, um gehört zu werden), ist es manchmal nicht weit bis zu dessen Verabsolutierung.

Für einen kritisch-dialektischen Zugang zum Politischen

Für die Kritische Theorie, wie ich sie verstehe, sind die Gesellschaft im Allgemeinen und das Politische im Speziellen weder eindeutig bestimmt noch beliebig; mit ihr wird die allen politischen Vorgängen eingeschriebene Ambivalenz wissenschaftlich greifbar. Denn sie stellt die *dialektische Anlage* der Gesellschaft ins Zentrum – also den Umstand, dass grundsätzlicher Widerspruch, dass das Gleichzeitige von einander scheinbar logisch Ausschließendem zunächst einmal keine problematische Anomalie darstellt, sondern gerade das treibende Moment gesellschaftlicher, insbesondere politischer Bewegung ist: Jedes gesellschaftliche Moment – seien es etwa die liberale Demokratie, die Klimapolitik oder Eroberungsfeldzüge – richtet sich gegen ein antithetisches Moment, das jedoch erst durch diesen Gegensatz als solches hervorgebracht wird. Erst die Formierung von Klimaschützer*innen ruft

³ Und zwar auf eine Weise, die seiner ursprünglichen Intention entgegenläuft – worin es sich nicht grundsätzlich von konstruktivistischem bzw. anti-essentialistischem Denken unterscheidet.

beispielsweise die Gruppe der Klimaleugner*innen ins Leben und umkehrt; im Angriff konstituieren sich Freund und Feind. Theorien, die dies nicht zu fassen vermögen, laufen gemäß der Kritischen Theorie Gefahr, ihren Gegenstand zu verkennen.

Um einen solchen Zugang wieder verstärkt für die Politische Soziologie fruchtbar zu machen, ist aus meiner Sicht zweierlei zu beachten: Zum einen kann dies nicht bedeuten, dass wir Gesellschaft nun wieder als *Totalität* denken und damit von so etwas wie einem *Weltgeist* ausgehen müssen, der sämtliche gesellschaftlichen Phänomene durchdringt und ausrichtet. Zum anderen plädiere ich dafür, Kritische Theorie nicht als Kapitalismustheorie oder allgemeiner, als Theorie der Macht- und Herrschaftskritik engzuführen (vgl. Brichzin, Schindler 2018). Dies vor allem, weil man so riskiert, den Status quo der ohnehin ubiquitären Kritik an Politik zu reproduzieren – man gelänge dann möglicherweise selbst auf den Pfad einer *unkritischen* bzw. *traditionellen* Theorie im Horkheimerschen Sinne. Bestes Indiz einer solchen Entwicklung ist vielleicht das Ausmaß, in dem Argumente einer auf diese Weise eingeführten Kritischen Theorie selbst als Blaupause eindeutiger und automatisierter öffentlicher Urteile über Politik dienen.

Dem lässt sich so etwas wie eine *kritische Mikrologie des Politischen* entgegenhalten, die statt gesamtgesellschaftlicher Bewegungen konkrete dialektische Momente im politischen Prozess nachvollzieht. Genau bei solchen Momenten setzt die Untersuchung an, sie werden als Schlüsselstellen gesellschaftlicher Entwicklung begriffen. Dabei kann es aber gerade nicht vordringlich um das Aufdecken von Kausalitäten gehen – und entsprechend um die Möglichkeit zur Zuschreibung von Verantwortung oder Schuld. Vielmehr ginge es, etwa am Beispiel des Verhältnisses von politisch ›rechten‹ und entgegen gerichteten Tendenzen, darum zu verstehen, wie diese miteinander zur dialektischen Konstellation verknüpft sind – wie es beispielsweise sein kann, dass eine scharfe Replik gegen rechte Positionen diese zugleich schwächt *und* stärkt. Besondere Aufmerksamkeit aber gälte der Frage, warum das vereinseitigte Streben in eine bestimmte gesellschaftliche Richtung – siehe Französische Revolution, Staatssozialismus oder die »Dialektik der Aufklärung« – oft zum genauen Gegenteil führt: So kann Aufklärung in Barbarei umschlagen, Befreiungsbestrebungen können in die totale Unfreiheit hineinführen. Einem Denken, das sich dieser Möglichkeit bewusst ist, werden Zweifel am zu eindeutigen politischen Urteil kommen.

Jenni Brichzin

Literatur

- Brichzin, J. 2016: Krise des politischen Alltags? Eine ethnografische Parlamentsstudie zur gesellschaftlichen Entfremdung des Politischen. In F. Adloff, A. Antony, G. Sebald (Hg.), Handlungs- und Interaktionskrisen. Theoretische und empirische mikrosoziologische Perspektiven. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 41. Jg., Sonderheft 1, 191–212.
- Brichzin, J., Schindler, S. 2018: Warum es ein Problem ist, immer ›hinter‹ die Dinge blicken zu wollen. Wege politischer Erkenntnis jenseits des verschwörungstheoretischen Verdachts. Leviathan, 46. Jg., Heft 4, 575–602.
- Horkheimer, M. 1968 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie. In A. Schmid (Hg.), Kritische Theorie. Eine Dokumentation. Frankfurt am Main: S. Fischer, 137–191.
- Latour, B. 2003: What if we Talked Politics a Little? Contemporary Political Theory, vol. 2, no. 2, 143–164.

Das Soziologische der Politischen Soziologie. Für eine gesellschaftstheoretisch fundierte und wissenssoziologisch informierte Analyse von Politik

An Grundsatzdebatten und an Selbstverständigungsdiskursen herrscht in der Soziologie kein Mangel. Fraglich ist jedoch, wie fruchtbar und weiterführend diese Debatten letztlich sind. Eine Verständigung über die Rolle und die Grundlagen der Politischen Soziologie erscheint mir vor dem Hintergrund aktueller politischer und gesellschaftlicher Krisendynamiken jedoch durchaus als notwendig und geboten. Denn für die Soziologie stellt sich nicht nur die Herausforderung, wie sie die vielfältigen politischen Veränderungen erfassen kann, die mit den aktuellen gesellschaftlichen Transformationen einhergehen und die uns tagesaktuell medial vor Augen geführt werden. Es stellt sich auch ganz grundsätzlich die Frage nach dem Politikverständnis der Soziologie und danach, welche Bedeutung die Soziologie der Analyse von Politik und von politischen Angelegenheiten beizumessen vermag. Denn Politik steht nicht zwingend im Zentrum des soziologischen Interesses. Gemäß dem differenzierungstheoretischen Grundrhythmus der soziologischen Epistemologie ist *die Politik* eben nur ein gesellschaftliches Teilsystem neben vielen anderen. Die Analyse von Politik, der Vielfalt politischer Praxis und auch die Auseinandersetzung mit politisch-theoretischen

Fragestellungen ist daher weitgehend das »Kerngeschäft« der Politikwissenschaften und nicht der Soziologie. Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Soziologie stets die Frage, welche Aufgaben einer Politischen Soziologie zukommen. Gibt es einen eigenständigen Blick der Soziologie auf Politik und auf politische Prozesse, der sich von politikwissenschaftlichen Zugängen unterscheidet? Was macht den Kern der Politischen Soziologie aus? Ist es eine besondere Perspektive, ein besonderer Gegenstand, eine besondere Analysestrategie? Oder sind die Überschneidungen mit den Politikwissenschaften so groß, dass die Politische Soziologie am Ende eher den Politikwissenschaften zuzurechnen ist als der Soziologie?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Ich beabsichtige mit dieser Zuspitzung der Fragestellung weder, einen weiteren Grundsatzstreit zu entfachen, noch Vorbehalte zwischen den Politikwissenschaften und der Soziologie zu schüren. Wie aktuell zu beobachten, ist das Verständnis innerhalb der Soziologie über die Grundlagen der eigenen Disziplin schon so gering, dass es müßig wäre, nun einen grundlegenden Konflikt zwischen soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung zu behaupten. Wahrscheinlich verlaufen die Trennlinien auch hier quer durch beide Disziplinen. Dennoch gibt es zwischen Soziologie und Politikwissenschaften traditionell einige grundlegende Unterschiede in der Konzeption von Politischer Soziologie, die es zu benennen gilt. Denn es ist disziplinenpolitisch bis heute nicht ganz unerheblich, an welchem Fachbereich und nach welchen Kriterien Professuren mit der Denomination »Politische Soziologie« besetzt werden. Es lässt sich jedenfalls feststellen, dass die Politische Soziologie immer schon in einem besonderen Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen inhaltlichen Erwartungen und methodologischen Grundausrichtungen steht, die sich zum Teil auch disziplinär festmachen lassen: In der Soziologie wird die Politische Soziologie im Anschluss an klassische Theorietraditionen inhaltlich und auch methodologisch traditionell breiter gefasst als in den Politikwissenschaften. An vielen politikwissenschaftlichen Fachbereichen lässt sich bis heute eine inhaltliche und methodische Verengung auf die quantitative Umfrageforschung und auf die Erforschung politischer Einstellungen und des Wahlverhaltens feststellen. Der Anspruch auf eine größere thematische Vielfalt und eine breitere Verortung der Politischen Soziologie im Kontext der soziologischen Theorietradition wird hier kaum formuliert. Dies ist eine Spannung, die die Entwicklung der Politischen Soziologie ganz entscheidend geprägt hat und bis heute noch prägt.

Damit stellt sich für mich als Soziologen unweigerlich die Frage nach einer genaueren Bestimmung des Gegenstands und der besonderen Perspektive(n) der Politischen Soziologie: Für mich ist klar, dass sich die Politische Soziologie nicht in einer Analyse von politischen Einstellungen, politischen Präferenzen und Wahlentscheidungen erschöpft. Selbstverständlich gehört diese Forschung ganz zentral mit zum Gegenstandsbereich der Politischen Soziologie. Doch die Politische Soziologie hat hier weitaus mehr zu bieten (vgl. Büttner 2019), und sie sollte auf eine möglichst breite multiperspektivische Analyse von Politik und von politischen Prozessen nicht verzichten. Es wäre meiner Ansicht nach äußerst problematisch, wenn die Politische Soziologie ihre Anbindung an allgemeine soziologische Fragestellungen, insbesondere den Nexus zur Gesellschaftstheorie, verlieren würde und sich immer mehr von Themen und Fragestellungen verabschiedete, die klassischerweise zum Grundbestand der Soziologie gehören: etwa die Analyse der politischen Parteien und anderer Formen der politischen Interessenvertretung, die Soziologie des Staates und unterschiedlicher Formen politischer Steuerung, die Analyse politischer Proteste, Revolutionen und umfassender gesellschaftlicher Transformationen, die Analyse der Formation und Transformation von Öffentlichkeit und grundlegende Fragestellungen der Politischen Ökonomie – um nur einige zentrale Themen der Politischen Soziologie zu nennen.

Ich halte es angesichts der Vielfalt der unterschiedlichen Themenfelder der Politischen Soziologie an dieser Stelle nicht für angemessen, den Gegenstand der Politischen Soziologie auf einen Begriff (etwa auf einen Begriff wie Macht, Konflikt, Interesse oder Herrschaft) oder auf ein bestimmtes Themengebiet zu verengen. Für eine genauere Bestimmung des Gegenstandsbereichs politisch-soziologischer Forschung und der Politischen Soziologie im Allgemeinen kann es aber durchaus sinnvoll sein, an die Unterscheidung zwischen einem engen und einen weiten Politikbegriff anzuschließen, die in den einschlägigen politiktheoretischen Debatten zumeist als Unterscheidung zwischen einer institutionalisierten und stark professionalisierten Sphäre *der Politik* und einer allgemeineren und breiteren Fassung *des Politischen* firmiert (vgl. für einen Überblick Bedorf, Röttgers 2010; Bröckling, Feustel 2009). Ein besonderes Kennzeichen der Politischen Soziologie ist es, eher von einem breiten Verständnis von Politik auszugehen, das unterschiedliche und auch alltägliche Formen politischer Praxis und politischen Handelns genauso mit einbezieht wie die Analyse der Institutionen und hochgradig spezialisierten Praktiken des professionellen Politikbetriebs.

Ein Verdienst der neueren Debatten um den Begriff des Politischen ist es sicherlich gewesen, die Politik aus ihrer differenzierungstheoretischen Verengung zu befreien. Warum der Begriff des Politischen jedoch zwingend agonistisch oder gar antagonistisch gedacht werden muss, wie es klassisch bei Carl Schmitt und seit einiger Zeit wieder prominent in der Politischen Theorie formuliert wurde (vgl. Mouffe 2014), ist nicht ganz einleuchtend. Ideologische Konstellation, symbolische Grenzziehungen, Wir-Sie-Unterscheidungen mögen konstitutiv für Gruppenbildungen sein und insofern auch politische Interessenkonflikte anheizen. Aber beinhaltet politisches Handeln nicht auch Elemente der Kooperation, die Fähigkeit zur Koalitionsbildung und des Übersetzens von politischen Positionen in politische Entscheidungen durch Kompromissbildung? Es gibt in der Soziologie eine Tendenz, sich vor allem auf die agonistischen Konfliktmuster in der Gesellschaftsstruktur, auf alltägliche politische Praktiken und Sub-Politiken sozialer Gegenbewegungen (Beck 1993) zu fokussieren und die Erforschung der professionalisierten und institutionalisierten Sphäre des Politikbetriebs weitgehend den Politikwissenschaften zu überlassen. Hier bin ich jedoch dezidiert der Ansicht, dass es keinen Grund dafür gibt, sich nur auf einen der beiden Aspekte zu beziehen. Das »politische Feld« (Bourdieu) gehört ebenso zum Gegenstand der Politischen Soziologie wie der vermeintliche »vopolitische« Raum kaum strukturierter oder nur halb-organisierter politischer Interessen.

Im Gegensatz zur Betonung des antagonistischen Kerns des Politischen im Anschluss an Carl Schmitt ist es mir im Rahmen dieses Symposiums ein Anliegen, abschließend an die politischen Analysen von Karl Mannheim zu erinnern – insbesondere an seine wissenssoziologische Konzeption des Politischen und seine Analysen unterschiedlicher politischer Denkstile in seinem Hauptwerk »Ideologie und Utopie« (Mannheim 2015). Diese Konzeptionen sind meiner Ansicht nach viel besser geeignet, die Emergenz von politischen Konfliktkonstellationen herauszuarbeiten als die ontologischen Setzungen eines Carl Schmitt. Ausgangspunkt der wissenssoziologischen Schriften von Mannheim ist die Annahme einer fundamentalen sozialen Seinsgebundenheit jeglicher Art von Wissen (auch des wissenschaftlichen Wissens). Auf dieser Basis arbeitet er die Entwicklung unterschiedlicher politischer Weltbilder heraus, deren ideologische Schließung dazu führt, dass »die gleiche Welt verschiedenen Beobachtern verschieden erscheinen kann« (ebd.: 7). Diese Analyse der epistemischen Schließung unterschiedlicher politischer Denkstile bis hin zu ihrer absoluten Inkommensurabilität ist eine wichtige

Lektion der Mannheimschen Wissenssoziologie, von der die Politische Soziologie auch heute noch profitieren kann – gerade in einer Zeit, in der der liberal-demokratische Grundkonsens immer brüchiger wird.

Eine zweite wichtige Lektion lässt sich aus Mannheims Politikbegriff ableiten: Mannheim betont stets den fließenden, flüchtigen und damit auch ergebnisoffenen Charakter von Politik. Konstitutiv für Mannheims Politikbegriff ist die Unterscheidung von gesellschaftlicher Statik und schöpferischer gesellschaftlicher Dynamik, von »Gewordenem« und »Werdendem«. Die Bearbeitung von politischen Problemen nach bestehenden Regeln und Vorschriften im Politikbetrieb ist für Mannheim somit streng genommen noch keine Politik. Politik – und vor allem auch politisches Handeln – beginnt für ihn erst dort, wo die Dinge noch im Fluss sind und wo aus »fließenden Kräften« Bleibendes gestaltet wird (ebd.: 97). Mit dieser Konzeption ist Mannheim sehr nahe an Konzeptionen des Politischen und der Gesellschaftsgestaltung, die wir auch in der Tradition der Soziologie (von Weber bis Tenbruck) und in den aktuelleren politiktheoretischen Debatten um das Politische vorfinden können.¹ Hier wird die institutionelle Sphäre, die Verwaltung und der professionalisierte Politikbetrieb zumeist einem emphatischen Begriff des Politischen und der Politik gegenübergestellt und als abgehoben, abgekoppelt und vor allem auch als entpolitisiert begriffen.² So wichtig die Betonung des kontingenten Kerns von politischer Entscheidungsfindung und des nicht-einhegbaren »irrationalen Spielraums« von Politik ist (Mannheim 2015: 99) – ich würde hier nicht so weit gehen und jegliche Form der Institutionalisierung, Verwaltung und Verrechtlichung aus der Definition von Politik ausschließen. Denn auch die verwaltete Welt ist eine hochgradig politische Welt und selbst die Entpolitisierung kann wieder zum Gegenstand von Politisierung werden – wie wir am Beispiel aktueller populistischer Bewegungen und an der populär gewordenen Klage von der Durchsetzung einer »Postdemokratie« ablesen können. Die Aufgabe der Politischen Soziologie sollte es jedoch sein, genau diesen Zwischenraum zwischen Politisierung und Entpolitisierung, zwischen dem Gewordenen und dem Werdenden auszuloten und zu analysieren. Soziologie ist die Wissenschaft der sozialen Praxis *und* der gesellschaftlichen Strukturbildung. Sie ist

1 Wie etwa insbesondere bei Rancière 2002 und Mouffe 2014.

2 Die Begriffe gehen hier jedoch häufig durcheinander. Häufig findet sich die Unterscheidung zwischen »der Politik« (*le politique*) und »dem Politischen« (*la politique*). Rancière (2002: 40ff.) unterscheidet jedoch den klassischen Begriff der »Polizei« (für die institutionelle Sphäre) vom Begriff der »Politik« (der Raum der Kontingenz, in dem Assoziationen und Interessensgesetze sich frei formieren können).

ebenso Handlungswissenschaft wie Institutionenlehre. Und sie analysiert sozialen Wandel *und* soziale Ordnungsbildung gleichermaßen. Das eine lässt sich nicht ohne das andere denken. Dies sollte sich stets auch in den Paradigmen und Gegenständen der Politischen Soziologie widerspiegeln.

Sebastian Büttner

Literatur

- Beck, U. 1993: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bedorf, T., Röttgers, K. (Hg.) 2010: Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2001: Das politische Feld: Zur Kritik der politischen Vernunft. UVK: Konstanz.
- Bröckling, U., Feustel, R. (Hg.) 2009: Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen. Bielefeld: Transcript.
- Büttner, S.M. 2019: Politik aus kultursoziologischer Perspektive. In S. Moebius, F. Nungesser, K. Scherke (Hg.), Handbuch Kultursoziologie. Band 2: Theorien – Methoden – Felder. Berlin: Springer VS, 583–598.
- Mannheim, K. 2015 [1929]: Ideologie und Utopie. Frankfurt am Main: Klostermann.
- Mouffe, C. 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp.
- Rancière, J. 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Eine Soziologie des Politischen. Wie man sich mithilfe eines Dreiklangs dem chronisch Unbestimmbaren nähern könnte

»Mit K«
(Kraftklub)

Falls man geneigt sein sollte, die Politische Soziologie zu bestimmen, und nicht bei einem ebenso denkbaren glücklichen Positivismus verharren will – nach dem sie eben das ist, was Politische Soziolog*innen beruflich so machen –, falls man also etwas über eine mögliche *Essenz* der Disziplin sagen möchte, dann könnte das folgendermaßen aussehen:

Die Politische Soziologie hat einen Gegenstand, aber sie hat – wie ebenjener Gegenstand – keinen festen Ort, kein umzäuntes Territorium, keine exklusive Arena. Die *Orte des Politischen* sind mithin keineswegs allein im po-

litischen System oder in politischen Institutionen zu finden, doch selbstverständlich ebenso dort. Die Politische Soziologie braucht nicht zu versuchen, ein Gebiet für sich allein zu markieren, das bitte bloß nicht mit der Politikwissenschaft überlappen darf. Vielmehr besteht ihre Stärke darin, gerade nicht den formalen Grenzen eines limitierten Institutionenensembles unterworfen zu sein. Während es für eine Politische Soziologie heuristisch erhellend sein kann, differenzierungstheoretisch von einem mehr oder weniger distinkten (aber wandelbaren) Verhältnis von Politik und Gesellschaft auszugehen, und es ebenfalls plausibel ist, den emischen Anspruch »des politischen Systems« ernst zu nehmen und aus dieser sich selbst ob der Koordinations- und Gestaltungsrolle zentral setzenden Perspektive zu blicken, ist es schlichtweg *unsinnig*, wesensmäßige Grenzziehungen vorzunehmen. Es passiert schlechterdings nichts außerhalb »der Gesellschaft«, und es ist mehr oder weniger alles politisierbar.

Welchen besonderen Zugriff kann dann eine Soziologie haben? Im Lichte des bisher Gesagten kann sie gerne auch eine spezielle Soziologie der Politik im engeren Sinne sein, aber wenn es eine wesensmäßige Bestimmung sein soll, für die man auch streiten könnte, dann wäre eine überzeugende Rolle diejenige einer *Soziologie des Politischen* im weiteren Sinne. Umfassender wäre eine solche Politische Soziologie gleichwohl in zweierlei Hinsicht: Sie erkennt einerseits ihre Gegenstände auch im Alltäglichen, im scheinbar Politikfremden, im sozialen Vollzug. Sie ist aber andererseits nicht allein auf einen emphatischen Ereignisbegriff, auf große Umwälzungen und epochemachende Kämpfe fixiert, wie es in den postmarxistischen »Theorien des Politischen« nur allzu gerne mitschwingt.

Was aber wäre dann dieses Politische, das dieser Art von Soziologie ihren basalen Sinn verleihen könnte? Es ist denkbar wenig überraschend, dass eine direkte Antwort schwerfällt. Mehr noch, sie muss geradezu notwendig schwerfallen. Und das liegt nicht allein daran, dass unter »nachmetaphysischen Bedingungen« das Genre der apodiktischen Setzung zu Zweifel und Widerstand führen muss (und das mit gutem Recht). Vielmehr scheint es im Wesen des Politischen selbst zu liegen. Und hier könnte die französische postmarxistische Theorieströmung in einem grundlegenden Punkt Recht haben. Blickt man in die Gründungsdokumente der zeitgenössischen Debatten um »das Politische«, so findet man etwa bei Philippe Lacoue-Labarthe und Jean-Luc Nancy (1983) eine Figur, die das Kernproblem der Suche nach

dem Politischen pointiert zum Ausdruck bringt: Alle Bestrebungen, das Politische wieder zu behandeln, führten zu seinem Rückzug.¹ Das Objekt der Begierde zieht sich in seiner Essenz zurück, versteckt sich, wird flüchtig, sobald man es unter die Lupe nimmt.

Wie soll man nun damit *forschend arbeiten*? Wir können aus einer solchen Position lernen, prinzipiell nur tentativ, behelfsmäßig, vorläufig zu agieren – und die Hoffnung auf Komplettierung fahren lassen. Gleichwohl müssen wir wohl oder übel sagen (und darum ringen) können, was jeweils politisch ist, da ohne vollkommenen Sinnverlust nicht einfach alles zugleich und inhaltsfrei als politisch firmieren kann. Welche Momente politisch aufgeladen sind, steht jeweils zu Disposition. Es bleibt wohl nur, sich heuristisch-pragmatisch heranzutasten.

Ein Vorschlag

Die bis dato wohl angemessenste begriffliche Option, die man in unterschiedlichen Facetten in der Politischen Soziologie tatsächlich am Werke sehen kann, wenn das Politische erforscht wird, dürfte aus einem Dreiklang »mit K« bestehen: aus *Kontingenz*, *Konflikt* und *Kollektivität*. Die Unterstellung lautet also, dass die Politische Soziologie in ihrer Arbeit nicht ohne diese drei Elemente auskommt, oder anders gesagt: diese Elemente zumindest implizit stets mit sich führt. Was kennzeichnet nun diese drei Begriffe im Einzelnen?²

Kontingenz verweist auf den Umstand, dass eine Angelegenheit nur dann politisch ist, wenn sie nicht notwendig so sein muss, durch unser Zutun also auch anders geregelt werden könnte. Und das ist eine Menge. Typischerweise ist etwa an soziale Verhältnisse im weitesten Sinne zu denken. Nur allzu häufig betrifft das auch Arrangements, die natürlich erscheinen, es aber nicht sind, was uns oftmals erst im historischen Vergleich bewusst wird. Man denke etwa an binäre Geschlechtlichkeit, die mittlerweile eben nicht mehr automatisch und unhinterfragt reproduziert wird.

Konflikt ist das, was aus dem Umstand der Änderbarkeit folgt: Es geht nicht nur darum, dass Verhältnisse so nicht sein müssen, sondern darum, wie sie sein sollen bzw. in welche Richtung sie zu verändern wären. Politische Aufladung bedeutet immer auch Umstrittenheit. Hier kommen offensichtlich Werte, Interessen und Macht ins Spiel, aber auch die Fragen der

1 Wie im doppeldeutigen Titel »Le Retrait du Politique«.

2 Ähnliche theoretische Begriffsentfaltungen finden sich etwa bei Reitz (2016) oder Marchart (2013).

Identität, die sich nicht zuletzt im antagonistischen Aufeinandertreffen (oder in der politisch bereits eingehegten Form des Agonismus) erst in aller Deutlichkeit zeigt oder gar erst hergestellt wird.

Kollektivität ist das, was hinzukommen muss, um eine öffentliche Angelegenheit zu werden: Der Umstand der eigenen Sterblichkeit ist nicht politisch, die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen sehr wohl. Relevant ist hier nicht, welchen Weg ich durchs Leben nehme, sondern wie wir – ob als Gesellschaft oder als Gemeinschaft – leben wollen. Es gehört dabei zum Clou des Politischen, dass natürlich auch die Frage, was öffentlich und was privat ist, änderbar und umstritten ist.³ Doch auch im Slogan ›Das Private ist politisch‹ wird keine Ausnahme gemacht: Das Private ist nämlich erst dann politisch, wenn es nicht allein ein Individuum, sondern eine soziale Gruppe bis hin zur Allgemeinheit betrifft.⁴

Aber für den Fall, dass dieser Vorschlag überzeugt: Haben wir dann nicht alle wesentlichen Elemente des Politischen versammelt, die in der Zusammenschau ein *klares Gesamtbild* ergeben? Ja und nein: Genau diese drei Elemente mögen vielleicht – für eine schlank arbeitende Forschung – hinreichend sein. Das heißt jedoch nicht, damit prinzipiell alle denkbaren relevanten Dimensionen des Politischen erfasst zu haben, wenngleich vielleicht zumindest die wichtigsten. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die fokussierte Analyse je eines Elements keineswegs sicherstellt, dieses komplett zur Darstellung bringen zu können. In einer gegebenen Situation können kaum je erschöpfend alle Aspekte der Kontingenz: *In welchen verschiedenen Hinsichten könnten die Verhältnisse anders sein?*, des Konflikts: *Was ist alles simultan umstritten und welche mitunter komplex-überlappenden Konstellationen ergeben sich daraus?* oder der Kollektivität: *Welche unterschiedlichen Vergemeinschaftungen mit welchen Integrationstiefen stehen gerade auf dem Spiel?* einzufangen. Und es kommt noch schlimmer: Nur ein Element zu analysieren, ist nicht hinreichend zur Erfassung des Politischen – alle drei unter der Forscher*innenlupe gleichzeitig scharf zu stellen wohl unmöglich. Hier scheint es sich mit der Erforschung des Politischen wie mit der Heisenbergschen Unschärferelation zu verhalten: Es mangelt nicht an den richtigen Instrumenten oder ihrer Präzision, sondern der Akt der simultanen Fixierung selbst ist notwendig unerreichbar. Sobald es tatsächlich gelingen sollte, ein Element fest zu stellen, gerät ein anderes aus dem Blick bzw. wird durch den untersuchenden Eingriff selbst verändert.

3 Für eine genealogische (und also kritisch-politisierende) Rekonstruktion der radikalen begrifflichen Wandelbarkeit von Privatheit und Öffentlichkeit siehe Geuss 2013.

4 Wie es etwa bei der Frage sexualitätsbezogener Privilegien oder Verbote der Fall ist.

Trotz aller prinzipiellen Schwierigkeiten: In den genannten drei heuristischen Begriffen dürfte fürs Erste der interessanteste potentielle Konvergenzpunkt verschiedener gegenwärtiger Zugänge zur Politischen Soziologie liegen – und der größte grundsätzliche Gesprächsbedarf für die Zukunft der Disziplin bestehen. Was und wo das Politische ist, bleibt offen und dadurch umstritten, oder in der bündigsten Form – den analogen Debatten der Politischen Philosophie entliehen: *the political is political!* (Finlayson 2015)

Ulf Bohmann

Literatur

- Finlayson, L. 2015: *The Political is Political. Conformity and the Illusion of Dissent in Contemporary Political Philosophy*. London: Rowman & Littlefield International.
- Geuss, R. 2013: *Privatheit. Eine Genealogie*. Berlin: Suhrkamp.
- Lacoue-Labarthe, P., Nancy, J.-L. 1983: *Le Retrait du Politique*. Paris: Editions Galilée.
- Marchart, O. 2013: *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Reitz, T. 2016: *Das zerstreute Gemeinwesen. Politische Semantik im Zeitalter der Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.

Die Aufladung der Gegenstände. Das ethnographische Forschungsprogramm einer Politischen Soziologie

Welche Rolle kann die politische Ethnographie für die Politische Soziologie spielen?¹ Wir fassen die politische Ethnographie zunächst nicht primär von den beforschten Feldern, Bereichen oder Akteur*innen her, sondern von ihrer besonderen Aufmerksamkeit für bestimmte Gegenstände in ihrer sozialen Bedeutung und Relevanz. Ihr geht es dabei um die Entwicklung einer zeitgenössischen Sozialforschung, die nicht hinter die drängenden Problemstellungen der Zeitgenossinnen zurückfällt. Sie nutzt das Potenzial insbesondere der teilnehmenden Beobachtung, um dichte Erkenntnisse zu politisch

1 Für detailliertere Ausführungen siehe Bochmann, Negnal, Scheffer (2019). Sie beruhen auf Diskussionen im Arbeitskreis Politische Ethnographie, den Thomas Scheffer (zusammen mit Endre Dányi) vor zwölf Jahren am Institut für Europäische Ethnologie der HU Berlin gründete.

gehaltvollen und gewichtigen Gegenständen in ihrer praktischen Formierung zu bilden. Damit stellt sie sich den drängenden Anforderungen, Problembearbeitungen und Kämpfen in Zeiten existentieller Krisen. Sie rückt dabei die Gegenstände kollektiver Sorge und Auseinandersetzung ins Zentrum und verrät gerade darin ihr Potenzial für eine politische Soziologie, die sich solchen existentiellen Krisen stellt.

Von einer dezidiert *politischen* Ethnographie wollen wir sprechen, wenn (I) eine Auseinandersetzung mit kollektiv relevant gewordenen Gegenständen (II) im Zuge einer Feldforschung (III) in wissenschaftlicher Absicht geführt wird. Im Einzelnen bedeutet das:

I.

Das Politische rankt sich um Gegenstände, die einen besonderen Status kollektiver Sorge erfahren. Dieser Status wird im Zuge umkämpfter politischer Aufladungen errungen – und per Entladung fraglich. Eine Sache lässt sich in diesem Sinne als zunehmend politisch aufgeladen begreifen, wenn sie innerhalb einer Diskursgemeinschaft eine Karriere durchläuft: von einer bloß privaten Frage hin zu einer Frage für bestimmten Gruppen bis hin zu einer gesellschaftlichen Frage, die nach Antworten verlangt. Der jeweilige Gegenstand kollektiver Sorge ist dann von öffentlichem Belang. Mit Hilfe der politischen Ethnographie lässt sich nachvollziehen, wie genau solche Aufladungen gesellschaftlich geleistet werden, welche Kulturtechniken, Symbole, Strategien, Rituale und auch Widerstände dabei zum Tragen kommen. Sichtbar wird auf diese Weise die Hervorbringung des Politischen selbst: nicht als gesellschaftlicher Teilbereich oder Institution, sondern als errungene Qualität von Gegenständen. Mit der Aufladung gewinnen die Gegenstände eigene Bindekraft: als »res publica«, der eine geteilte Aufmerksamkeit zuteil wird. Die erfolgreiche Aufladung beinhaltet die Anrufung »an alle«, Antworten zu finden, sich zu kümmern, sich zu positionieren. Politische Aufladungen bringen letztlich diese Komponenten zusammen: sie drängen etwas hin zur (a) kollektiven, (b) öffentlichen, (c) konfliktträchtigen und (d) zu regierenden Angelegenheit.

- (a) Ein Gegenstand wird in den Stand einer kollektiven *matter of concern* erhoben, die alle Mitglieder angeht. Die Gesellschaft ist Fluchtpunkt dieser Anrufung.

- (b) Die politische Aufladung des Gegenstands zielt auf (Teil-)Öffentlichkeiten. Die Natives suchen und schaffen Öffentlichkeit, um den Gegenstand zu befördern.
- (c) Die Aufladung ist konflikthaft, weil sie Veränderungen in der Hierarchie der Angelegenheiten impliziert. Gerechnet wird mit Widerständen.
- (d) Der Gegenstand, einmal etabliert, verlangt nach einer verlässlichen, wirk-samen, nicht nur gelegentlichen Problembearbeitung; nach einer Regie-rung des Gegenstands.

II.

Die ethnographische Nähe zu den alltäglichen Vollzügen erlaubt erst die Identifizierung von solchen politischen Ladungen. Sie zeigen sich anhand von emotionalen, atmosphärischen, vorsprachlichen Intensitäten im Umgang mit denselben. In diesem Sinne suchen Ethnographinnen politisierte Praxisfelder auf oder werden zuweilen überraschend mit solchen Politisierungen konfrontiert.² Anhand der sukzessiven, zuweilen aber auch eruptiven Aufladung von Gegenständen ermitteln sie nun Methoden des *mattering* auch jenseits programmierter Verfahren sowie die praktischen Anforderungen an dieselben. Es zeigen sich Auseinandersetzungen und Kontingenzen, Einsätze und Gelingensbedingungen. Die politische Ethnographie nutzt dazu die große Nähe zum Gegenstand einer Aufladung, wie zu den Beteiligten mit ihren Sorgen und Ambitionen. Feldforscherinnen erfahren dabei die Aufladungen un-/vermittelt mit ihren sozialen Sinnen: als Anrufung, Herausforderung und Irritation. Die Feldforscherin muss sich zunehmend, wie die Beteiligten selbst, zum Gegenstand verhalten. Sie überführt die Nähe zum Gegenstand der Sorge in eigene Erfahrungen, die sie dokumentiert, analysiert und theoretisiert. Grundlegend, um diagnostische Gelegenheiten wahrzunehmen, ist dabei der schwache Methodenbegriff der Ethnographie. Er erklärt die Beweglichkeit, Variation und Resonanz zu den Gegenständen-im-(politischen)-Werden.

III.

Die ethnographische Auseinandersetzung mit politisch aufgeladenen Gegenständen erfolgt in wissenschaftlicher Absicht. Dies schließt ein politisches Engagement der Feldforschenden nicht aus, entlässt diese aber auch nicht aus

² Etwa, wenn die Erzieherinnen ihrer Kinder in den Ausstand treten.

den Ansprüchen an eine (trans-)disziplinäre, sozial- und kulturwissenschaftliche Erkenntnis. Politische Ethnographie liefert ihre Diskursbeiträge zuvorderst als wissenschaftliche Beiträge, die vom relationalen, prozesshaften, kontextgebundenen Blick auf den Gegenstand profitieren. Die Studien liefern so anschlussfähige (Lehr-)Fälle, im Lichte von vorliegenden und für weitere Fallstudien. Sie vermag Vergleichbarkeiten zu anderen Fällen ebenso zu erschließen, wie gegenwartsdiagnostische Schlüsse und Theoretisierungen. Die Aufladungen legen etwa Analysen der Machteffekte, der kritischen Repertoires oder der Relevanzkarrieren der Gegenstände nahe. Gleichzeitig wird ein Szientismus inmitten der die Forschenden involvierenden Auseinandersetzungen schwer durchhaltbar; eine abwartend indifferente Haltung zum Gegenstand kann aber angesichts politischer Aufladungen geradezu – zugunsten etwa des Stands und der Offenheit im Feld – forschungsstrategisch geboten sein. Hier wird deutlich, dass Forschungen selbst zum Gegenstand der Auf- und Entladung werden können, wenn sie etwa bestimmte Positionen zu begründen und zu befördern suchen.

Zusammenfassend: Die politische Ethnographie antwortet auf die zeitgenössische Gemengelage aus kollektiv-existentialen Problemen – etwa den Klimawandel, permanente Kriege und regionale Verelendung. Sie kann die kollektive Sorge angesichts solcher drängender Problemstellungen vor Ort in Erfahrung bringen. Sie schöpft ihre Erkenntnisse nicht aus der reduktionistischen Distanz *zu*, sondern aus der verdichtenden Verwicklung *mit* den fokussierten Gegenständen. Politische Ethnographie beobachtet die umkämpfte Aufladung von Gegenständen ebenso wie das Ringen der Gesellschaftsmitglieder mit derselben. Sie verfolgt die Karriere der Gegenstände bis hin zu ihrer gesellschaftlichen Aneignung in Regierungsapparaten, die diese klein arbeiten, verwalten oder verdrängen.

Annett Bochmann, Dörte Negal und Thomas Scheffer

Literatur

Bochmann, A., Negal, D., Scheffer, T. 2019: Politische Ethnographie. In N. Burzan (Hg.), Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018 (im Erscheinen).

Von der Krise zu den Rissen liberaler Demokratie. Einsichten aus der Akteur-Netzwerk-Theorie

Es gibt viele Diskussionen über die aktuelle Krise der liberalen Demokratie.¹ Der Aufschwung populistischer Bewegungen in Ost- und Westeuropa, das Brexit-Referendum, die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten und Jair Bolsonaro zum Präsidenten Brasiliens, um nur die offensichtlichsten Beispiele zu nennen, wurden weithin als das Ende einer politischen Ära interpretiert, die mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 begann und ihren Höhepunkt mit der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 erreichte (Diamond 2019). Zweifellos handelt es sich dabei um politische Ereignisse und Prozesse, die äußerst beunruhigend sind. Sie jedoch gemeinsam als eine globale Krise zu bezeichnen, könnte sich als geradezu analytisch lähmend erweisen (Roitman 2013) – und das nicht nur, weil es sich dabei ja um direkte Ergebnisse demokratischer Wahlen und Referenden handelt.

In diesem kurzen Beitrag plädiere ich für eine Verschiebung des Blickwinkels von der Krise zu den Rissen liberaler Demokratie. Denn begreift man die oben genannten Ereignisse und Prozesse als *Krise*, so ruft das die Vorstellung auf, bei liberaler Demokratie handele es sich um ein fixes, singuläres, kohärentes Modell, das nun in Gefahr gerät. Was man damit jedoch leicht übersieht ist der Umstand, dass dieses Modell selbst keinesfalls unproblematisch und selbstverständlich gegeben ist, dass auch die etablierten demokratischen Formen Inkohärenzen aufweisen, die von vorneherein einer Weiterentwicklung bedürfen. Anstatt daher nach Krisen Ausschau zu halten und als Gesellschaftswissenschaftler*innen die liberale Demokratie dagegen zu verteidigen oder weiter zu kritisieren, wird es in Zukunft darauf ankommen, auf Inkohärenzen der empirischen Praxis liberaler Demokratie selbst zu achten und aus ihnen zu lernen. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit also dorthin lenken, wo sich die Risse etablierter demokratischer Institutionen zeigen.

Die Inspiration für einen solchen Perspektivwechsel kommt von den Science and Technology Studies (STS), genauer von der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und daran anschließenden Ansätzen. Es handelt sich dabei

1 Vielen Dank an Jenni Brichzin, Tanja Bogusz und Andreas Folkers für ihre hilfreichen Kommentare zu einer früheren Version dieses Textes. Das Hauptargument wurde in mehreren Gesprächen mit Sebastian Abrahamsson, Róbert Csák und Michaela Spencer entwickelt – ich bin ihnen sehr dankbar für ihre intellektuelle Begleitung, ebenso wie John Law, Lucy Suchman und Thomas Scheffer für ihre Unterstützung in verschiedenen Phasen meiner Forschung.

um ein heterogenes Forschungsfeld,² das sich entlang dreier Schlüsselbegriffe gliedern lässt: Materialität, Multiplizität und Performativität. Die meisten ANT-inspirierten Arbeiten konzentrieren sich auf spezifische *materielle Praktiken*, an denen eine Vielzahl von Akteuren beteiligt ist: menschliche und nichtmenschliche Wesen, Technologien, Texte, gebaute Umgebungen, um nur einige zu nennen. Die Frage in diesen Arbeiten ist nicht unbedingt, welche Akteure in bestimmte Praktiken involviert sind, sondern wie sie verbunden sind und was diese Verbindungen mehr oder weniger stabil macht. Bestimmte Akteur-Netzwerke scheinen ziemlich robust zu sein, aber auch diese bestehen aus *multiplen* materiellen Praktiken, von denen sich einige wechselseitig verstärken, andere aber kollidieren oder sich teilweise überschneiden. Darüber hinaus sind diese materiellen Praktiken *performativ*: Zusammen bringen sie eine Wirklichkeit hervor, die zwar ziemlich kohärent erscheint, die aber immer die Möglichkeit von Variation und Interferenz beinhaltet. Ein solcher theoretischer Zugang ermöglicht auch den Blick auf liberale Demokratie nicht so sehr als kohärentes Modell, sondern als ein komplexes Phänomen, das in vielfältigen, miteinander verknüpften und sich überschneidenden Praktiken erzeugt wird – und eben dort Risse aufweist, wo Spannungen zwischen den Verknüpfungen so groß werden, dass sie zu brechen drohen.

Das klingt zunächst ziemlich abstrakt, daher möchte ich kurz anhand meiner eigenen empirischen Arbeit illustrieren, wie dieser Ansatz bei der Analyse der Wirkungsweise und Fehlschläge der liberalen Demokratie eingesetzt werden kann. In einem ethnographischen Forschungsprojekt, das ich zwischen 2006 und 2010 durchgeführt habe, näherte ich mich der liberalen Demokratie als einer besonderen politischen Wirklichkeit über ihre Inkraftsetzung im ungarischen Parlamentsgebäude.³ Dabei haben mich insbesondere die materiellen Praktiken interessiert, die das Gebäude – seine Architektur und Infrastruktur – zur Stabilisierung der liberalen Demokratie beigetragen hat (Dányi 2018a). Ich war fasziniert von der Art und Weise, wie sich hier ›das ungarische Volk‹ als Entität konstituiert, vor allem durch symbolische Objekte wie die Heilige Krone Ungarns, die in der Kuppelhalle des Parlaments öffentlich ausgestellt ist. Beeindruckt hat mich auch die Arbeitsweise des Parlaments als komplexer Apparat, der darauf abzielt, alle für das ungarische Volk relevanten Probleme durch Rechtsvorschriften zu lösen.

2 Für eine aktuelle Bewertung siehe Blok, Fariás, Roberts (2019)

3 Ein beeindruckender neugotischer Palast aus dem späten 19. Jahrhundert, der zugleich ein Emblem ist für die Demokratisierung Mittel- und Osteuropas nach 1989.

Und ich war manchmal amüsiert, manchmal irritiert zu sehen, wie der Plenarsaal als ein Quasi-Markt von Weltanschauungen funktionierte, die dazu beitrugen, verschiedene Probleme auf unterschiedliche (sozialistische, konservative, liberale) Art zu verbinden.

Mithilfe des von der ANT bereitgestellten konzeptionellen Instrumentariums (Materialität, Multiplizität und Performativität) konnte ich sehen, wie das Parlamentsgebäude im Zentrum von Budapest multiple materielle Praktiken zusammenhielt, die sich auf ein »Volk«, »Probleme« und »Weltanschauungen« konzentrierten, und wie diese in die performative Inkraftsetzung liberaler Demokratie einbezogen wurden. Was ich damals nicht sehen konnte: als wie fragil diese politische Wirklichkeit sich eigentlich erweisen würde. Seine Architektur und Infrastruktur haben sich in den 1990er und frühen 2000er Jahren recht gut gehalten, konnten aber dem systematischen Wandel nicht standhalten, der mit der Wahl der derzeitigen ungarischen Regierung im Jahr 2010 begann. In den letzten neun Jahren konnte keine externe oder interne Kritik die Orbán-Regierung davon abhalten, die Verfassung Ungarns eigenmächtig neu zu schreiben, die Pressefreiheit einzuschränken, unabhängige Institutionen zu zerstören oder zu besetzen, die Rechte von wissenschaftlichen Organisationen einzuschränken und die Arbeitsweise des Parlaments auf eine Reihe von Formalitäten zu beschränken.

Es ist verlockend, diese systematische Transformation als Zusammenbruch zu bezeichnen – aber was bricht hier eigentlich zusammen? Wenn es sich um einen Zusammenbruch der liberalen Demokratie handelt, was sind dann die Alternativen, und wo können wir sie finden? Insbesondere von den Rändern des politischen Spektrums stammen Vorschläge, nach Alternativen außerhalb demokratischer Institutionen zu suchen. Doch mithilfe der ANT kann man sehen, dass die interessantesten Entwicklungsmöglichkeiten nicht jenseits der Institutionen zu entdecken sind. Sondern in ihren Rissen, also dort, wo etablierte demokratische Formen und Prozesse an ihre Grenzen stoßen, wo sich Variationen Bahn brechen und Interferenzen eingelebte Routinen ins Stolpern bringen. In den letzten sieben Jahren habe ich mich auf drei solche Praktiken konzentriert: 1) einen Hungerstreik in Brüssel mit 23 illegalen Einwanderern aus Nordafrika und dem Nahen Osten, der die Unterscheidung zwischen »uns« und »den anderen« infrage gestellt hat (Abrahamsson, Dányi 2019: 2), ein Schadensminderungsprogramm (*harm reduction*) für intravenöse Drogenkonsumenten in Lissabon, das die demokratische Fiktion untergraben hat, dass alles durch Gesetzgebung gelöst werden kann (Dányi 2018b) und 3) die Tätigkeit eines indigenen Parlaments im

Norden Australiens, die gezeigt hat, dass Unterschiede nicht immer auf unterschiedliche Perspektiven reduziert werden können (Dányi, Spencer 2019). Selbstverständlich unterscheiden sich diese Praktiken deutlich voneinander, und sie unterscheiden sich auch von jenen Praktiken, die ich in Budapest beobachtet hatte. Und doch haben sie auf ihre eigene Weise alternative Auffassungen davon entwickelt, was ein Volk ausmacht, was als bessere oder schlechtere Lebensweise mit Problemen gilt und wie es möglich ist, Welten statt Weltanschauungen in einem demokratischen Kontext miteinander ins Gespräch zu bringen.

Diese und ähnliche materielle Praktiken sind situiert; sie sind äußerst schwer zu verallgemeinern. Indem man jedoch versucht, sie nachzuzeichnen und dadurch zu begreifen, können ähnliche Entwicklungen an anderen Stellen identifiziert und eingeordnet werden – nicht außerhalb demokratischer Institutionen, sondern in ihren Rissen. Wir müssen diese Praktiken schätzen, ihre Begriffe kennenlernen und ihnen Raum geben, um unsere Vorstellung von Demokratie weiterzuentwickeln.

Endre Dányi

Literatur

- Abrahamsson, S., Dányi, E. 2019: *Becoming Stronger by Becoming Weaker: The Hunger Strike as a Mode of Doing Politics*. *Journal of International Relations and Development* (forthcoming).
- Blok, A., Farías, I., Roberts, C. 2019: *The Routledge Companion to Actor-Network Theory*. London: Routledge.
- Dányi, E. 2018a: *The Things of the Parliament: An ANT-inspired Reading of Representative Democracy*. In J. Brichzin, D. Krichewsky, L. Ringel, J. Schank (Hg.), *Soziologie der Parlamente*. Wiesbaden: Springer VS, 267–285.
- Dányi, E. 2018b: *Good Treason: Following Actor-Network Theory to the Realm of Drug Policy*. In T. Berger, A. Esguerra (eds.), *World Politics in Translation*. London: Routledge, 25–38.
- Dányi, E., Spencer, M. 2019: *Un/common Grounds: Tracing Politics Across Worlds*. *Social Studies of Science* (forthcoming).
- Diamond, L. 2019: *The Global Crisis of Democracy*. *The Wall Street Journal*, May 17, www.wsj.com/articles/the-global-crisis-of-democracy-11558105463, letzter Aufruf 18. Juli 2019.
- Roitman, J. 2013: *Anti-Crisis*. Durham, NC: Duke University Press.

Indifferenz oder Irritation? Politische Soziologie und politische Praxis

Ein interessanter Aspekt im Verhältnis der Soziologie zu ihren Forschungsgegenständen betrifft die Anwendung soziologischen Wissens. Wie andere Wissenschaften muss die Soziologie davon ausgehen, dass ihr Wissen handlungsrelevant wird und den Gegenstand verändern kann. Zusätzlich kann sie die Art und Weise, in der dies geschieht, im Rahmen einer »Verwendungsforschung« systematisch reflektieren (Beck 1982; Beck, Bonß 1989). Kaum ein anderer Bereich eignet sich besser, um die Grenzen und Möglichkeiten der Verwendung soziologischen Wissens zu beobachten, als die Politik (Merton 1976; Ronge 1996).

Was also sagt die politische Soziologie der Politik – und womit findet sie Gehör? Diese Frage wurde aktuell, als mich vor einigen Jahren ein Mitglied eines Landesparlaments darum bat, auf den Stand soziologischer Erkenntnis gebracht zu werden. Die Anfrage war nicht motiviert durch Hoffnungen auf instrumentell verwertbare Einsichten oder auf evidenzbasierte Empfehlungen, sondern durch den Wunsch, etwas über und damit für die eigene berufliche Tätigkeit zu lernen. Es sollte daher nicht darum gehen, welche Milieus sozial- oder christdemokratisch wählen (oder gar nicht mehr), sondern um eine Art *soziologische Aufklärung* über die Stellung der Politik und der PolitikerInnen in der Gesellschaft.

Die Frage nach Begriff und Funktion des Politischen wird beispielsweise bei Bourdieu (2010), Habermas (1992) und Luhmann (2000; 2010) sehr unterschiedlich beantwortet. Das Verhältnis von Politik und Gesellschaft beschreiben sie jedoch in manchen Aspekten durchaus ähnlich – und wenig schmeichelhaft für die Praktiker: Nicht Bürgernähe, sondern der Ausschluss der Laien konstituiert das politische Feld; die Rationalität hat ihren Sitz – wenn überhaupt – nicht im Parlament und schon gar nicht in der Verwaltung, sondern in der Zivilgesellschaft; die Hoffnung auf gesellschaftliche Steuerung durch die Politik ist eine Illusion, die an der Logik funktional differenzierter Teilsysteme Schiffbruch erleidet (für einen Überblick siehe Holzer 2015).

Bereits diese wenigen Argumente, die um weitere ergänzt werden könnten, deuten darauf hin, dass die Politische Soziologie als Daumendrücker und Zitatenschatz für politische Sonntagsreden denkbar ungeeignet ist. Das ist nicht überraschend, denn soziologisches Wissen zeichnet sich allgemein

durch seine Distanz zu Selbsteinschätzungen und -beschreibungen aus. Während man beispielsweise im Verhältnis von Politik und politischer Theorie noch von einem »Plausibilitäts-« und »Motivationskontinuum« (Kieserling 2004) ausgehen kann, bewährt sich die soziologische Perspektive in ihrer Inkongruenz: Sie beobachtet Zusammenhänge, die im Gegenstandsbereich latent bleiben, und kann und muss diese auch dann thematisieren, wenn sie das Selbstverständnis und die Motive der Handelnden in Frage stellen.

Doch die scheinbare Überlegenheit der Soziologie – »ich sehe was, was Du nicht siehst« – wird schnell brüchig, wenn man sich verdeutlicht, dass beinahe alle Einwände und Vorbehalte gegen die Politik natürlich längst in dieser selbst Thema sind – und von vielen Praktikern geteilt werden. Manche gestehen achselzuckend zu, dass sie oft wenig bewegen können – *there is no alternative*; andere wollen die Grenzen des Mach- und Entscheidbaren verschieben. Nur in den seltensten Fällen ist es jedoch so, dass die politische Soziologie als Überbringer schockierender Neuigkeiten wahrgenommen wird. Sollte ihr das zu denken geben?

Zunächst ist zu konstatieren: Die soziologische Analyse der Politik ist sowieso nicht das, was von der Soziologie erwartet wird. Politiker wünschen keine Aufklärung über ihr eigenes Metier, sondern über die Gesellschaft. Zwischen der soziologischen Analyse der Politik und jener anderer gesellschaftlicher Teilbereiche herrscht ein »Resonanzgefälle« (Kieserling 2004: 89): Im Spiegel soziologischer Erkenntnisse erkennt die Politik sich entweder wieder (dann sind sie nicht informativ) – oder nicht (dann werden sie als wirklichkeitsfremd empfunden). Interessanter und anschlussfähiger sind soziologische Erkenntnisse über andere Bereiche der Gesellschaft. Doch mit der ihr zugeschriebenen Zuständigkeit für die Gesellschaft hat die Soziologie ihre Schwierigkeiten: Zwar beteiligt sie sich munter am losen Gerede über *die* Gesellschaft, doch ist sie schon lange außerstande, jenseits von Zeitdiagnosen ein präzises und klar umrissenes Bild dieser Gesellschaft zu zeichnen. Dementsprechend hat man den Eindruck, dass der Stellenwert soziologischer Erkenntnis für politische Entscheidungen in den letzten Jahrzehnten eher gesunken als gewachsen ist: Ungleichheitsfragen zum Beispiel werden zunehmend im Rückgriff auf wirtschaftswissenschaftliche Expertise beantwortet. Zurück bleiben Querschnittsthemen wie Migration, bei denen soziologische Forschung immerhin (auch) eine Rolle spielt.

Doch zurück zur politischen Soziologie: Was könnte sie der Politik anbieten, wenn diese sich über soziologische Analysen der Gesellschaft hinaus

für Selbsterkenntnis interessierte? Angesichts einer offensichtlichen (und soziologisch nachvollziehbaren) Abwehr gegen eine umfängliche Selbstsoziologisierung trifft die grundsätzliche Durchleuchtung und Hinterfragung politischen Handelns auf geringe Resonanz. Zweck-/Mittel-Verschiebungen, Rationalitäts- und Steuerungsdefizite sind grundsätzlich keine Neuigkeiten.

Produktiver für einen Dialog zwischen politischen Akteuren und soziologischen Beobachtern sind Themen, die nicht die Virtuosen der politischen Macht in den Vordergrund stellen, sondern die politischen Laien und ihren Zugang zur Politik, das heißt Fragen politischer Sozialisation und Inklusion. Diese betreffen erstens die Besonderheiten politischer Karrieren, für die im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen keine Ausbildung vorgesehen ist: Liegen hier nicht bislang ungenutzte Möglichkeiten, der oft beklagten Entfremdung der »politischen Klasse« durch häufigere Rollenwechsel zu begegnen? Dass nicht die Leistungs-, sehr wohl aber die Publikumsrollen der Politik ein Gegenstand systematischer Erziehung sind, sollte hierfür eigentlich günstige Ausgangsbedingungen schaffen. Dies führt, zweitens, zur Frage politischer Bildung: Schon Theodor Geiger (1950: 9) kritisierte die bis heute übliche Form der Staatsbürgerkunde als eine »politische Selbstverherrlichung«, die sich in der affirmativen Institutionenlehre demokratischer Politik erschöpfe. Soziologisches Wissen hingegen könnte helfen, überzogene Erwartungen an politische Institutionen zu dämpfen – und Enttäuschungen zu vermeiden, die zu Vertrauensverlusten führen.

Einer zu einseitigen (Selbst-)Darstellung der Politik entgegenzuwirken, ist eine genuine Aufgabe der politischen Soziologie. Sie muss damit jedoch nicht primär die politischen Experten informieren oder irritieren, sondern vor allem die politischen Laien.¹ Die besten Aussichten auf Resonanz hat die Politische Soziologie deshalb, wenn sie zunächst ihr Fachpublikum, dann die Öffentlichkeit und die Politik als Adressaten im Auge hat. Mit einer Umkehrung dieser Reihenfolge, etwa indem die Politische Soziologie die Darstellung ihrer Erkenntnisse oder sogar ihre Forschung grundsätzlich an den Bedürfnissen politischer Entscheidungen orientierte, wäre niemandem gedient. Das schließt nicht aus, auf Nachfrage und bei entsprechendem Interesse auskunftsfreudig zu sein.

Boris Holzer

1 Und zu diesen gehören auch die meisten Soziologinnen und Soziologen.

Literatur

- Beck, U. (Hg.) 1982: Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt. Sonderband 1. Göttingen: Otto Schwartz.
- Beck, U., Bonß, W. (Hg.) 1989: Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, P. 2010: Das politische Feld. In P. Bourdieu, Politik. Schriften zur politischen Ökonomie 2. Konstanz: UVK, 97–112.
- Geiger, T. 1950: Fachbezogenes Bildungswissen. Kritik am Gutachten des Studienausschusses für Hochschulreform. Deutsche Universitätszeitung, 5. Jg., Heft 4, 6–9.
- Habermas, J. 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Holzer, B. 2015: Politische Soziologie. Eine Einführung. Baden-Baden: Nomos (UTB).
- Kieserling, A. 2004: Selbstbeschreibung und Fremdbeschreibung. Beiträge zur Soziologie soziologischen Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, N. 2010: Politische Soziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Merton, R.K. 1976: Social Knowledge and Public Policy. In R.K. Merton, Sociological Ambivalence and Other Essays. New York: Free Press, 156–179.
- Ronge, V. 1996: Politikberatung im Licht der Erkenntnisse soziologischer Verwendungsforschung. In H. von Alemann, A. Vogel (Hg.), Soziologische Beratung: Praxisfelder und Perspektiven. IX. Tagung für angewandte Soziologie. Opladen: Leske + Budrich, 135–144.